

LEIPZIGS NEUE

Tragödien in Knauthain und Gohlis

Überforderte Mütter anno 1735 und 2012

Seite 2

Heuschreckenfraß

Das Drama um »HL komm« Leipzig

Seite 7

Bilder und Buchstaben

Unser Halbjahres-Foto-Rückblick (siehe Abb.)

Seite 12/13

Der Atem stockt

Jörg Baberowskis Stalin-Biografie

Seite 16

Erfolge und Defizite

Siegfried Prokop zum Sozialismus-Aufbau ab 1952

Seite 18



2 Euro/ABO 1,80

LINKE MONATSZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND GESCHICHTE

MENSCHEN UND



HÄUSER AUF ABRISS?

FOTO: Michael Oertel, GRAFIK: J. Fiedler

Der Leipziger Autor und Fotograf Michael Oertel versucht im Ruhrgebiet die Zeit anzuhalten

KOMMENTIERT

Oberpolizist als Oberbürgermeister

Ähliches gab es vor Wochen bei der Linkspartei, zwei Bewerbungen um den obersten Rathausposten auf Zeit. Diese Wahl ist abgeschlossen, nun setzte die CDU auf ein ähnliches Procedere.

Zwei Männer; der Eine für die Leipziger ein fast Unbekannter, dem attestiert wird, er werkele an seiner politischen Karriere. Gut, mit 43 Jahren sei ihm das unbenommen. Ob Volker Lux deshalb auf den obersten Rathaussessel im Stadtparlament gehört, darf bezweifelt werden. Der Andere im CDU-Bunde parteilos aber in vielen Fragen, auch das sei ihm gestattet, parteiisch. Er ist seit Jahren als Leipziger Polizeipräsident bekannt. Horst Wawrzynski, steht nicht am Anfang sondern am Ende einer engagierten und respektablen Laufbahn. Er hat sein schwieriges Tätigkeitsfeld von der Pieke auf in Bayern gelernt, im kommenden Jahr könnte der Ruhestand auf ihn warten.

Wie sich in solchen Fragen jemand entscheidet, bleibt ihm überlassen. Offenbar fühlt sich der agile Präsident für das Altenteil zu jung, und er will

Leipzig und den Bürgern und der CDU Gutes tun, zumindest diese Partei hat ihn jetzt per Wahlakt bestätigt. Ein durchaus geschickter Schachzug.

Wer die letzten öffentlichen Stadtratssitzungen beobachtet spürt, dass dem Oberbürgermeister seit einiger Zeit ein eisiger Wind entgegen weht, unten aus dem Parlament und von den oberen Rängen, dort sitzen die Bürger, die ihn vielleicht vor Jahren mal gewählt haben. Jungs Ordnungsrufe nehmen in diese Richtung zu.

In einigen Stadtvierteln kommt seit langem eine Stimmung auf, die scharfes Durchgreifen fordert, gegen Kriminalität, Dealer, Radfahrer und überhaupt. So etwas ist ernstzunehmen. Die OBM-Kandidaten der Linken und Grünen tun das übrige.

Als ich einen Nürnberger fragte, ob er sich einen ursächlichen Polizeipräsidenten in seiner Stadt als OBM vorstellen könnte, lachte der mich aus. Fast niemand plädiert für einen Polizeistaat. Wer aber möchte eine Polizeistadt?

• Sebastian Ahse

Tragödien in Knauthain und Gohlis

Als es noch keine Zeitung, Rundfunk oder Internet gab, verbreiteten sich Nachrichten trotzdem in Windeseile durch Dörfer, Wälder und Gastwirtschaften, wenn Ungeheuerliches zu erzählen war. Im September 1735 berichtete der Müller von Knauthain dem dortigen Schlossvogt: Im Mühlgraben treibe etwas ...

Es klärte sich bald auf. Kein Tier, die Leiche eines Neugeborenen. Die Hebamme des Leipziger Vorortes lenkte den Verdacht rasch auf eine noch vor kurzem schwangere Magd. Diese Spur bewahrheitete sich, die sehr junge Frau war mit ihren erbärmlichen Lebensumständen – sie schlief im Stall, der junge Partner hatte sie verlassen, die Eltern wohnen weit entfernt – überfordert. Die Kindstötung war ein Versehen. Die Richter bestrafte die Tat mit dem Fallbeil, vor aller Augen, am Knauthainer Schloss. Die Gaffer kamen zu Hunderten auch aus Leipzig. Bewa-

chungskräfte mussten damals einen Exzess verhindern.

Knapp 300 Jahre (!) später erreichen uns täglich, nun über die Medien, Kindstötungen, die Mütter, Omas und Väter verursachen. Schlagzeilenträchtigstes Beispiel jüngst in Gohlis, wo eine an ihren Lebensumständen überforderte Mutter offenbar einsam neben ihrem Baby in der Wohnung starb und das Kind verdurstete. Im Rheinland erschlug dieser Tage eine trunkene Großmutter den zweijährigen Enkel.

Vor 300 Jahren gab es Hebammen und Nachbarn, heute gibt es Ärzte, Krankenhäuser, Nachbarn und Jugendämter. Offenbar alles keine Garantien, dass so etwas nicht wieder passieren wird. Brutalst schlagen noch immer gesellschaftliche Umstände auf das Private durch. Sage keiner, er habe die Lösung. Heutige Amtsleiter dürfen sich vor ihrer politischen Verantwortung jedoch nicht wegduckten.

• Michael Zock

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie, wie gewohnt, unsere Monatszeitung in den Händen halten, bemerken Sie vielleicht, dass die Seiten etwas »geschrumpft« sind, wie die Standards grafisch modernisiert

und vereinheitlicht haben. Die Druckerei in Neubrandenburg stellte ihre Maschinen auf das Berliner Format um. Deshalb müssen wir uns nunmehr vom Halbrheinischen Format leider verabschieden.

Sicher werden wir nun handlicher, aber unsere Autoren müssen sich auf den 24 Seiten kürzer fassen.



Foto: ege

Proteste beim »Bankenrennen«

Banker laufen nicht nur dem Geld hinterher, sondern in Leipzig rannten sehr viele, im wahrsten Sinne des Wortes, beim 5. Commerzbank-Firmenlauf rund um Arena und Stadion, gegen den »inneren Schweinehund« an. Ein durchaus löbliches Unterfangen, sich mal auf diese Art und Weise mit sich selbst auseinanderzusetzen.

Über 7000 hatten sich zum Rennen angemeldet. Wenngleich zum Vorspiel rund um das Leipziger Stadion auch gehörte, sämtliche Parkverbotschilder zu ignorieren, um vor dem Laufen möglichst nah mit dem Auto ranzufahren und alle Straßenecken im Wohngebiet zu verstopfen. Wenn die Com-

merz-Banker in beruflichen Dingen die Regeln so brechen, wie beim Parken, dann Gnade uns Gott. Das dachten wohl auch etliche Zuschauer, die sich während des Bankenrennens an der Strecke und auf der Stadionbrücke positioniert hatten, nicht um gegen Hunderte Falschparker zu protestieren, nein, die Transparente sprachen brutālere Wahrheiten aus. Bei dem Netzwerk-Event der sportlichen Art gingen Läufer aus 550 regionalen Unternehmen an den Start. Der Spaß stand dabei im Vordergrund, das Hintergründige kam von den Transparenten. Ob die wenigstens einige der Läufer nachdenklich stimmten?

• Ka.

Übrigens:

»Keine Eurobons, solange ich lebe!«, sagte die Deutsche Regentin dieser Tage.

Was in Europa für Kopfschütteln sorgt und in Deutschland für Jubel, war wohl eher eine unbedachte Äußerung.

Meinte sie nicht eher: ... solange ich regiere?

Was wäre denn, wenn sich ein anderer deutscher Kanzler ihrem in »Stein« gemeißelten »Nein« nicht anschließt?

Muss er dann Frau Merkel um die Ecke bringen lassen?

Der Papierpreis steigt international weiter, auch für uns. Wir halten unser Versprechen, LN wird im Jahr 2012 nicht teurer. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle, die uns dieser Tage erneut mit Spenden auf unser Vereinskonto »gestärkt« haben. Trotzdem verhehlen wir nicht, dass wir mehr regelmäßige Abonnenten

brauchen, um unsere Zukunft über das Jubiläumsjahr 2013 hinaus zu sichern. Wenn sich der eine oder andere zu einem preiswerten Abo entschließen könnte, wäre das mehr wert, als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

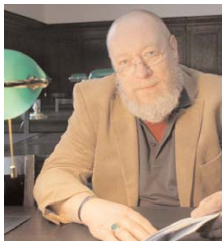
Angenehme Lektüre wünscht
Ihre LN-Redaktion

Früher war alles besser. Zumindest im Märchen. Da zog sich der böse Wolf noch einen Schafspelz übers zottelige Fell und fraß einen gehörigen Batzen Kreide, damit er unerkannt als Großmutter durchgehen konnte. Im Zeichen der allgegenwärtigen Krise aber muss an allen Ecken und Enden gespart werden, damit sich skrupellose Banker weiterhin unverschämte Renditen in die Taschen stecken können.

Also Schafspelz und Kreide gestrichen, es muss auch ohne gehen. Und plötzlich steht er bar jeder Verkleidung da, ein nackter Gauckler, ein Pfäffchen ohne Maskerade, das sich Theologe nennt. Allerdings ist der Teufel dreimal näher am Weihwasser als dieser Scharlatan an der Bergpredigt.

Zunächst ließ er sich unwidersprochen als Widerstandskämpfer feiern, bis die Rolle als Freiheitsstatue von Rostock wegen zahlreich genossener Privilegien im gar schrecklichen Sozialismus gestrichen werden musste. Sei's drum, man kann nicht alles haben. Aber es wartete ja schon das nächste Engagement auf den Brettern, die die Welt nicht braucht. Der Gauckler wurde Vorsitzender einer nach ihm benannten Behörde und konnte sich fortan nach Lust und Laune durch Tonnen von Stasiakten fressen. Übrigens haben wir seine Berufung genau wie die der amtierenden Schwarzen Frau dem dicken Gärtner (siehe hier: »Blühende Landschaften«) zu verdanken. Von dieser Stelle für beide Gemeinden ein herzliches »Vergelt's Gott« nach Oggersheim.

Tja und dann kam unerwartet erst ein Rücktritt, es folgte, weniger unerwartet, ein zweiter und plötzlich saß unser Staatswesen ohne einen führenden Propheten oder prophetischen Führer da, ganz wie man es sehen will. Doch immer, wenn du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Sozialdemokratie und Grüne kürten ihn zum neuen Propheten,



Notizen aus der Hauptstadt der BRD von Gerhard Schumacher

Ein nackter Gauckler

auch wenn es, wie sich bald herausstellte, ein falscher sein sollte. Zunächst rätselte der denkende Teil des Volkes, ob sie sich dabei etwas gedacht haben und wenn ja, was? Jetzt stellt sich heraus: sie haben, und zwar mächtig gewaltig.

Zur Erinnerung, es waren Sozialdemokraten und Grüne, die als erste bundesrepublikanische Regierung nach dem letzten verheerenden Kriegsgemetzel die deutsche Soldateska wieder auf andere Länder losgelassen haben. Und schon schließt sich der Kreis.

Anlässlich seiner Antrittsrede bei der bundesdeutschen Wehrmacht bewarb der Gauckler ganz ohne Scham den süßen Tod für's Vaterland und trampelt ebenso ungeniert auf dem Grundgesetz herum, wie es schon die taten, die ihn auf den Thron gehoben haben. Sterben für Deutschland feiert fröhliche Urständ.

Doch damit nicht genug, in dem er Kriegsgegner als »glücksstüchtig« beschimpft, verunglimpft er die Millionen Gefallener, die sich im Namen obskurer Heilsversprechen gegenseitig mordeten.

»Aber wenn man genauer hinsieht, sinds nicht so blöd, sondern führn die Krieg für Gewinn«, sinnierte die Mutter Courage.

In leicht abgewandelter Form hat des Gauck-

lers Vorgänger Brecht rezitiert und ist dafür gegangen worden. Dennoch, es war oft, wenn auch unfreiwillig, komisch mit dir Horsti. Der Vorgänger (Wer mit dem Wulff tanzt), hatte Schwierigkeiten mit der Einordnung haariger Begriffe wie Käuflichkeit oder Bestechung, er war schlicht peinlich.

Der vermeintliche Gottesmann aber salbert das Land mit seinem dubiosen Freiheitsverständnis jenseits jeder sozialen Verantwortung voll, sonnt sich in geckenhafter Eitelkeit und predigt dabei ungerührt Vernichtung, Tod und Teufel. Das nenne ich widerlich.

In der Bergpredigt heißt es: »Hütet euch vor den falschen Propheten; sie kommen zu euch wie (harmlose) Schafe, in Wirklichkeit aber sind sie reißende Wölfe.« (Matth. 7, 15).

Ja, so ist es und da allen Menschen ihr Leben lieb und heilig sein sollte, wäre noch hinzuzufügen: »Gebt das Heilige nicht den Hunden, und werft eure Perlen nicht den Schweinen vor, denn sie könnten sie mit ihren Füßen zertreten und sich umwenden und euch zerreißen.« (Matth. 7, 6)

Damit es nicht dazu kommt, erinnern Sie sich Ihres Studiums, Herr Prophet, hören Sie auf, zu bellen, verlassen Sie freiwillig den Tempel ehe Sie hinausgejagt werden. Vielleicht sogar von den Geistern, die Sie beschworen haben. Mene mene tekel...

ABO-Rätsel

Vielleicht haben Sie dieser Tage die alte AMIGALP von Michael Jackson hervorgeholt, falls Sie noch einen Plattenspieler haben. Vor drei Jahren kam Jackson zu Tode. Anlass, dass auch Leipziger am »Michael-Jackson-Baum« Blumen niederlegten. Wo steht er, mitten im Stadtzentrum? Vermutungen bitte an redaktion@leipzigs-neue.de oder an **Redaktion, Braustraße 15, 04107 Leipzig**. Wir verlosen unter den richtigen Einsendungen kostenfreie Jahresabos. Auch für Freunde als Geschenk geeignet.

Kein Grund zum Jubeln

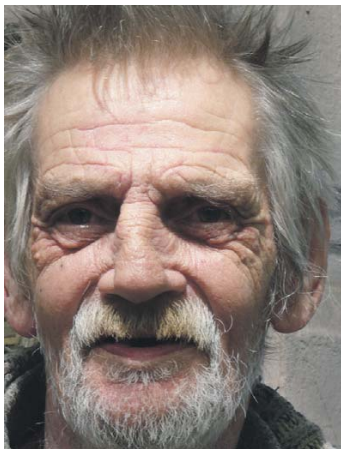
Der knappe Sieg der konservativen Partei Nea Demokratia in der griechischen Parlamentswahl am 17. Juni ist von machthörigen Medien als Ausdruck der Vernunft gewertet worden – gegen den Ausstieg Griechenlands aus der europäischen Währung, der mit dem Sieg der linken Syriza gedroht hätte. Eine Katastrophe wäre das gewesen – für jenes Bevölkerungsprozent, das allein so viel Geldvermögen wie zwei Drittel der Einwohner in Deutschland besitzt.

Denn Deutschland ist exportorientiert. Sein Kapital produziert mit weniger Arbeit Waren, die es im Ausland absetzt, marktbeherrschend und kreditfinanziert durch seine Banken. Bedingt ist der billige Preis deutscher Waren durch den geringen Preis deutscher Arbeitskraft. Der relative Niedriglohnanteil beträgt in der BRD ca. 20 Prozent, in Frankreich 11 Prozent. Das heißt: Niedriglohn, Leiharbeit, Kurzzeitbeschäftigung.

Der Austritt Griechenlands aus dem Euro hieße, dass deutsche Banken ihrer Kredite und deutsches Kapital seiner Märkte verlustig gingen. Für diesen Fall prognostizierte das Bundesfinanzministerium mit Recht eine Rezession in der BRD. Doch nur unter der Bedingung, dass die Inlandsnachfrage – das Einkommen der Lohnabhängigen – so niedrig bleibt wie bisher. Doch, muss das so sein?

Das Spardiktat, dem sich die griechische Regierung Samaras unter deutscher Führung unterwirft, um in der Europäischen Währungsunion zu bleiben, verdammt die Bevölkerung zu bitterer Armut. Dies, und nicht das Ausscheiden aus der Fußballeuropameisterschaft, ist eine tragische Niederlage des griechischen Volkes. Dass es zugleich eine der lohnabhängig Arbeitenden in Deutschland ist, hat der hysterische Jubel über einen 4:2 Sieg lediglich übertönt.

• Karl Martin



Die Zeit steht nicht still in Oberhausen, Rheinhausen, Kaldenhausen und auch in Bruckhausen im Ruhrgebiet. Alles befindet sich im Wandel, Evolution und Revolution geben sich die Klinke in die Hand. Alles, so lehrt es eine alte Weisheit, hat seine Zeit. Dieser Spruch scheint auch auf den kleinen Stadtteil Bruckhausen in Duisburg zuzutreffen.

Etliche Kilometer vom Ruhrgebiet entfernt, in Stötteritz, schaute ich kürzlich fern und vernahm in einem Beitrag: Bruckhausen würde größtenteils abgerissen, dafür entstünde ein Grüngürtel.

Die Meldung blieb deshalb bei mir haften, weil ich in diese Gegend verwandtschaftliche Fühler ausstrecken kann. Ein Grüngürtel? Hört sich doch gut an! Und, auch das ist zu bedenken, diese Stadt hat, im Vergleich zu 1960, bezogen auf ihr Areal vor der kommunalen Gebietsreform, etwa 35 Prozent ihrer Einwohner verloren. Der Wohnungsleerstand ist da eine unübersehbare Folge. Meine Neugier war geweckt, und ich wollte mal über den Leipziger Tellerand schauen, und verband somit privates Treffen mit journalistischer Neugier auf Nordrhein-Westfalen und dessen Menschen.

Diesel, Korruption und ein langes Wort

Die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung Duisburg verweisen gern auf den Fakt des »demografischen Wandels«, den daraus entstehenden Zwängen. »Bereits Mitte der 1970er Jahre wurde im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes



Der Leipziger Fotograf und Autor Michael Oertel

Menschen und Häuser



über den kompletten Abriss des Ortsteiles diskutiert.« Gibt mir Josip Susic, der Sprecher des Duisburger OBM Auskunft. Die angedachten Projekte fanden damals keine politischen Mehrheiten. So wurden etwa zehn Jahre später 7,5 Mio. Euro in Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen – welches Wortungetüm – gesteckt. Susic: »In den 1990ern kam Bruckhausen als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf ins Förderprogramm »Soziale Stadt«. Von 1991 bis zum Sanierungsbeschluss wurden rund 12,6 Mio. Euro an Investitionsmitteln für Bruckhausen bereitgestellt, die in die Infrastruktur gesteckt wurden, die Wohnumfeldverbesserung und für die soziale Stabilisierung. Darüber hinaus wurden rund acht Mio. Euro für Beschäftigung und Qualifizierung aufgewandt.«

Die Bilanz der beschriebenen Maßnahmen fiel nüchtern aus, denn den Verfall des Stadtteils habe man verlangsamt, nicht aber stoppen können. Für Bruckhausen, das ist der Teil, der direkt an das Werksgelände der Thyssen-Krupp-Stahl AG grenzt, wurde 2006 ein förmliches Sanierungsverfahren eingeleitet, in dessen Konsequenz beschlossen wurde, den Stadtteil teilweise abzureißen, zwischen dem Werksgelände und dem Stadtteil einen Grüngürtel anzulegen. Zirka die Hälfte der veranschlagten Baukosten von 75,9 Mio. Euro steuerte die Thyssen-Krupp-Stahl AG bei, die von Anfang an in die Planungen eingebunden wurde. Und die Menschen, werden die gleich »mitabgerissen«? Ein Bruckhausener sagte mir bei unserem Rundgang empört, dass es im Stadtteil nach 200 Liter Diesel (so viel verbräuchten die Abrissbagger pro Tag) und Korrup-

tion riechen würde. Warum, so fragten auch andere Anwohner, ist einem Unternehmen der Teilabriss eines Stadtgebietes fast 36 Mio. Euro wert? Eine Antwort blieb, trotz meiner dreimaligen (!) Anfragen, die Thyssen-Krupp-Stahl AG schuldig, stellte lediglich eine allgemeine Stellungnahme zur Verfügung, in der das Engagement für die Umwelt der TKS betont wird. Die Wahrheit sei, so schimpften Bruckhausener, dass die TKS einen Hochofen ohne Baugenehmigung gebaut hätte, die Stadt erst im Nachhinein dafür alles abgesegnet habe. Nun müsse der vorgeschriebene Abstand zwischen Hochofen und Wohnungen wieder hergestellt werden. Deshalb müssten die Häuser weichen. Wenn es stimmt, ist es eine bittere Wahrheit.

Räumung, Wohnungen und viel Skepsis

Wer, muss man ebenso kritisch fragen, ist dafür verantwortlich, dass die Maßnahmen zur Belegung des Stadtteils überhaupt nicht fruchteten? Waren es die falschen Konzepte? Ist tatsächlich durch gezielte »Wohnungspolitik« der Stadtteil teilweise »geräumt« worden? Das ist zumindest ein Vorwurf einiger Bruckhausener, mit denen ich sprach. Dennoch hält sich wohl lauter Widerstand gegen die Maßnahme in Grenzen, verwiesen wird von offizieller Seite auch auf eine repräsentative Umfrage der Universität Duisburg-Essen, bei der sich 46 Prozent der Duisburger für den Abriss ausgesprochen hätten.

Also alles in Ordnung? Prof. Dr. Christoph Zöpel (Minister des Landes Nordrhein-Westfalen a. D.)

auf Abriss?

versucht im Ruhrgebiet, die Zeit anzuhalten



verweist in seiner Stellungnahme darauf, dass im betroffenen Stadtteil über 80 Prozent Menschen einen, wie es heute so schön heißt, Migrationshintergrund haben. Zöpel: »Zu den schwierigen Erfordernissen ihrer demokratischen Integration gehöre es, berechtigten Widerstand gegen für sie sozialunverträgliche politische Entscheidungen zu erlernen.« Sie müssen diesen Widerstand erst erlernen, beherrschen ihn noch nicht. »Der Erhalt von Bruckhausen ist auch ein erforderlicher Beitrag zur Integration von Zuwanderern.«, mahnt Zöpel an.

So sind durch die Stadt offensichtlich viele Beratungen im betroffenen Stadtteil angeboten worden, in denen jeder, der wollte, zur Diskussion und Beteiligung an dem Umgestaltungsprozess eingeladen und aufgefordert war. Es bleibt jedoch schmerzhaft offen, ob diese Zusammenkünfte und Foren die Menschen erreicht haben. Circa die Hälfte aller, die ich während meiner Fotoarbeiten und Recherchen in Bruckhausen ansprach, waren nicht oder nur schwerlich in der Lage, dieses Ansinnen zu verstehen. Ein deutlicher Fingerzeig und Beleg für Zöpels Einlassungen. Mir kam auch allgemein viel Skepsis entgegen, die Leute haben sich nicht gerade vor meiner Linse gedrängt. Aber: Alle Fotografierten wussten, warum ich das tue, und sie werden auch demnächst diese Leipziger Zeitung mit ihren Fotos in den Händen halten.

Zahlen, Schicksale und ein Lieblingsfach

Bisher, um Zahlen sprechen zu lassen, sind schon 241 Haushalte mit

544 Personen aus ihren Bruckhäuser Wohnungen verzogen. Circa 60 Haushalte werden bald folgen. Die Umzüge will die Stadt, wie es in der Richtlinie heißt, abfedern. Jeder 3-Personen-Haushalt bekommt danach 800 Euro (pauschal). Der Umzug selbst, und auch ein Einzug in ein neues Zuhause, sind damit wohl nicht bezahlt. Zumal »die Umzüge grundsätzlich in Eigenregie durchgeführt werden« sollen, heißt es in der Richtlinie. Das wirft weitere Fragen auf. Dennoch ist der Beschluss zum Teilabriss und dem Anlegen eines Grüngürtels im Rat bei wenigen Enthaltungen bestätigt worden. Einzig die Fraktion »DIE LINKE« enthielt sich der Stimme, forderte für die Vorlagen Ergänzungen sowie Veränderungen und Nachbesserungen, die nicht mehrheitsfähig waren.

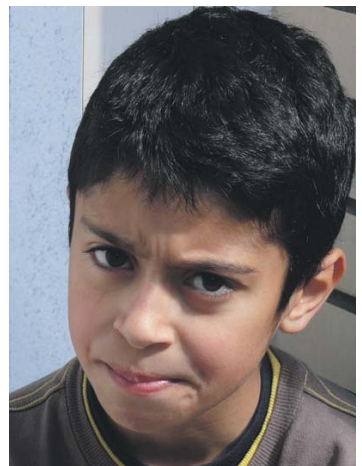
Immer wieder taucht der Begriff »Demokratie« in diesen Diskussionen auf. Die Stadt verweist auf das demokratische Verfahren: Beteiligung, öffentliche Planung und Ratsbeschlüsse. Demokratie bedeutet doch wohl »Herrschaft des Volkes«. Der Rat sollte in einer demokratischen Gesellschaft das Volk repräsentieren. Demokratie ist einerseits Herrschaftsform, andererseits individuelles sowie kollektive Form der Selbstbestimmung. An dieser Stelle entsteht in Bruckhausen ein schier unüberwindlicher Graben.

Es ist für viele der »Ureinwohner« schwer nachvollziehbar, warum erst jetzt die baugeschichtliche Bedeutung ihres Stadtteils thematisiert wird. All das lässt die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils resignieren. »Hier,« bemerkt Naomi, eine freundliche Mittfünfzigerin: »gibt es keine fröhlichen Menschen mehr!« Wenn meist am Freitag bun-

tes Markttreiben neben dem Kulturbunker herrscht und sich 100 Meter weiter die Abrissbagger in die Häuser fressen, mag man den Eindruck bestätigt finden. Aber hilfsbereit ist sie allemal, denn sie kümmert sich um Luise und Michael im Stadtteil, und nicht nur um die. Auch bei anderen Begegnungen auf der Straße bemerke ich unaufdringlich, dass hier wirkliche Solidarität großgeschrieben wird.

Kommt man mit Anna ins Gespräch, die Zeit ihres Lebens in Bruckhausen wohnt, und das sind schon stolze 86 Jahre, spürt man Hoffnung. Mit einem Lächeln auf den Lippen sagt sie, fast schon ein bisschen trotzig, jedoch altersweise, »dass sie hier schon alles erlebt habe, auch den Zweiten Weltkrieg«. Abdul zeigt mir in Bruckhausen einige Stellen, an denen es aussieht, wie nach dem Krieg. »Was machen die mit uns? Es herrscht kein Krieg, und die machen alles kaputt!« klagt er an. Am Markt begegne ich Nurcay, sie verkauft heute für ihre alte Mutter Zwiebellauch und frischen Salat. Sie freut sich, dass ich sie fotografiere, erzählt, dass ihr Sohn hoffentlich mal beim BVB spielen wird. Zum Glück begegne ich dem kleinen Deniz noch, der gerade aus der Schule kommt, und mir auf meine Frage, welches denn sein Lieblingsfach sei, sofort antwortet: »Lernen!«

Es gibt viel zu lernen auch für einen Leipziger auf Zeit im Ruhrgebiet. Demokratie und Akzeptanz. Zusammenleben und Fairness. Der kleine Deniz hat es, mit etwas Glück, hoffentlich in der Hand. Wer weiß, wem er in 60 Jahren über Bruckhausen erzählen wird. Die Zeit steht nicht still.



»Das ist ein guter Tag für Leipzig!«

Mit diesen Worten tourt Leipzigs Erster Bürger derzeit von Ort zu Ort, wenn er – symbolisch – ein Band durchschneidet, wenn er – symbolisch – einen Helm aufsetzt, wenn er – symbolisch – einen Spaten ergreift.

Manchmal setzt er sich symbolisch hinter ein Lenkrad und lobt die Autoindustrie. Danach schwingt er sich symbolisch auf einen Fahrradsattel und stärkt so den Umweltverbund.

Jetzt hat der Stadtrat mit knapper Mehrheit den Verkauf der Stadtwerktochter HL komm beschlossen. Ein Vorhaben von zweifelhaftem Wert und nicht einmal symbolischem Nutzen.

Kein guter Tag für Leipzig,

meint
Euer
Lipsius



Enrico Lübke wurde zum künftigen Intendanten des Leipziger Central-Theaters gewählt, mit allen Rechten, diese Aufgabe schon jetzt vorzubereiten. LN bittet demnächst um ein Interview.

• Bildungsleitlinien

Der Stadtrat beschloss nach umfangreicher Diskussion Leipziger Bildungspolitische Leitlinien. So sollen Menschen in allen Bildungsphasen gefördert, für alle sollen Bildungszugänge und Übergänge geschaffen ermöglicht werden. Bildungsvielfalt ist zu befördern. Bildung soll als kommunale Kernaufgabe stärker verantwortlich wahrgenommen werden.

• Anfragen

Alle Fraktionen hatten Anfragen zu Schulen und Kitas gestellt. Dabei ging es um Nutzungseinschränkungen oder Leerstände durch Baumängel, ein Schulinvestitionsprogramm, Kapazitätserweiterungen von Kitas und Gymnasien oder den Kitaplatzbedarf bis 2015. Thematisiert wurden

LN. Ungewöhnlich viele schriftliche Einwohneranfragen kamen zur letzten Ratsversammlung nur zu einem Thema auf den Tisch der Stadträte. Einige der Überschriften wiederholen sich:

- Neues Wohn- und Betreuungskonzept für Flüchtlinge
- Geplante dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern in Leipzig-Wahren.
- Flüchtlingsansiedlung in Wahren Asylbewerberheim Leipzig-Wahren
- Unterbringung der Asylbewerber

In den Anfragen steht u. a.:

Ich bin geschockt, in diesem dicht bewohnten Gegiet, wo die Wohnungen immer gleich von jungen Leuten belegt werden, soll nun ein Heim für 180 bis 250 Asylbewerber

einrichtet werden. Dagegen habe ich Vorbehalte, vor allem wegen der Lärmbelästigung bis spät in die Nacht, Ärger mit Rechten.

Wie soll der soziale Frieden im geplanten Standort des Wohngebietes Wahren, welches vorwiegend von Eigenheimen und Eigentumswohnungen geprägt ist, weiterhin zu 100 Prozent gewährleistet werden. Wir verstehen darunter, keine Belästigungen von Anwohnern gleich welchen Alters und Geschlechts.

Keine Kriminalität, die durch Neid hervorgerufen werden kann.

Wir haben Angst, dass mit der Unterbringung in den Häusern in der Pittlerstraße eine einschneidende negative Veränderung in unserem Wohnumfeld passieren wird.

Warum bringt man sie nicht im Waldstraßenviertel unter, aber da wohnen ja bekanntlich die Bürgermeister.

Es ist daran zu erinnern, dass bei der Einrichtung des Ariowitsch-Hauses für jüdische Kultur, von umliegenden Büros und Kanzleien ähnliche Argumente vorgebracht wurden. Wir hätten ja nichts gegen jüdische Einwanderer, aber die NPD sorgt dann für Randalen in unserem Umfeld. Nichts ist davon eingetroffen.

Der auf einem teilweise sehr lauten Bürgerforum im »Anker« vom Vertreter der Bürgerinitiative Leipzig-Wahren (BI), Hans-Georg Uhlmann, angekündigte Runde Tisch, der zur Lösung der festgefahrenen Situation in der Debatte um die Unterbringung von Asylbewerbern in Wohngebieten beitragen soll, beginnt Gestalt anzunehmen. Die Stadtverwaltung ist da einbezogen.

Kein Deutscher möchte mehr hier wohnen, auch so ein Satz wurde festgeschrieben. Zu fragen ist: Welche heile Welt soll hier beschworen werden? Die gibt es nicht, nirgendwo.

Leipziger Arbeitsmarkt im Juni

Erstmals sank die Arbeitslosenquote unter 11 Prozent. Mit 43518 Arbeitslosen waren es 1466 als im Mai und 5494 weniger, als im Vorjahr. Leider verringerte sich auch das Angebot an freien Stellen. Im Juni meldeten sich 7848 Arbeitslose neu an, davon kamen 2500 aus der Erwerbstätigkeit.

Auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist die Situation ebenfalls nicht rosig. Für 3663 Auszubildende sind knapp 500 weniger Ausbildungsplätze vorhanden. Die Arbeitsagentur rechnet im Juli mit einem leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit, da erfahrungsgemäß nicht alle Ausgebildeten von den Firmen übernommen werden bzw. die überbetrieblich Ausgebildeten nicht sofort eine Stelle finden.

Die Leiterin des Jobcenters, Frau Dr. Simon, welches 80,5 Prozent der Arbeitslosen der Stadt betreut, berichtete ebenfalls über sinkende Zahlen. Die Arbeitslosenzahl der Stadt sank auf 29 888. Die Zahl der arbeitslosen ALG II-Empfänger ebenfalls. 2125 Betroffene sind in »1-Euro-Jobs« verpflichtet.

• J. Spitzner

Handwerkskammer in Zahlen

Die Anzahl der Firmen ist zum Vorjahr um 188 Firmen auf 12 251 gestiegen, 800 Betriebe wurden abgemeldet. Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl ist rund neun einschließlich Inhaber. 89 Prozent der Firmen sind zufrieden – 97 Prozent erwarten in den kommenden sechs Monaten Ähnliches. Am besten schnitten das Ausbaugewerbe und das Bauhauptgewerbe mit nur sechs bzw. fünf Prozent schlechter Bewertung ab. Drittbester ist das Gesundheitswesen.

Nicht so günstig ist es, zur allgemeinen Überraschung, im KFZ-Bereich. Da urteilten 34 Prozent mit »schlecht« und 21 Prozent mit »gut«. Der Auftragsbestand ist nur bei fünf Prozent der Firmen gestiegen – bei 62 Prozent gesunken. Ein Absturz. Die Auslastung beträgt im Handwerkskammer-Durchschnitt 84 Prozent. Die Aufträge sind leicht rückläufig. Die Beschäftigtenzahl ist bei sechs Prozent der Betriebe gestiegen und bei acht Prozent gesunken. Nicht jeder Arbeitsplatz ist sicher. Das Handwerk klagt über ständige Preissteigerungen bei Roh- und Betriebsstoffen.

• J. S.

* / Notizen aus dem Stadtrat

weiterhin die Gestaltung einer Gedenkstätte in der Josephstraße zur Erinnerung an eine ermordete jüdische Familie, der Fördermittelabruf für Bauinvestitionen, und die Finanzierung der weiteren Sanierung des Völkerschlachtdenkmals

• Anträge

Auf Antrag der Linksfraktion wurde beschlossen, die Arbeitsgruppe Schulnetzplanung um zwei bis drei Fachleute aus dem Planungs- und Bauausschuss zu erweitern, um die Suche nach effektiven baulichen Lösungen für Schulsanierungen und Ergänzungsbauten vor Neubauten zu

befördern. Beschlossen wurden auch die Anträge von Ilse Lauter zur Ausgestaltung der Montessori-Kindertagesstätte und von Christian Schulze für einen Spielplatz in Seehausen. Umstritten und deshalb nur mit knapper Mehrheit wurde beschlossen, dem Bürgerrechtsmuseum zusätzlich 50 000 Euro ohne konzeptionelle Unterlegung aus dem Etat des Kulturdezernates zuzuschauen, was zwangsläufig zu Lasten anderer Vereine geht. Da ein Präzedenzfall geschaffen wurde, ist es nur recht und billig, wenn nunmehr auch andere Vereine der mehr Geld für dieses Jahr fordern.

• Baupläne

Beschlossen wurde die räumliche Erweiterung des B-Planes westlich der Kleinmesse, um zukünftige Beschränkungen für Sportveranstaltungen und den Kleinmessebetrieb auszuschließen. Im Gewerbegebiet Sachsenpark in Seehausen werden Umbauten ermöglicht, ohne jedoch die Verkaufsfläche zu erweitern. Insbesondere der innenstadtrelevante Handel mit Sportartikeln soll verhindert werden.

• Kleingartenpark

Die Ratsversammlung beschloss außerdem die Finanzierung der für das Jahr 2012 vorgesehenen Baumaßnahmen in Kleingartenanlagen, welche die öffentlich genutzt werden können



Die Atmosphäre im Stadtparlament war zum Zerreißen gespannt. Es fielen in Richtung Oberbürgermeister sehr deutliche Gegenworte. Leipzigs Telekommunikationsanbieter HL Komm ist für 50 Millionen Euro verkauft worden. Das Votum fiel knapp aus. 31 Stadträte von CDU, SPD und Bürgerfraktion stimmten in namentlicher Abstimmung dafür, 27 (vor allem Linke und Grüne) waren dagegen, fünf enthielten sich. Roland Quester (Grüne) warf Jung »organisierte Verantwortungslosigkeit« vor. Der Kaufpreis sei zu niedrig. Die Stadträte bekämen »etwas vorgelegt, wo gerade mal der Buchwert rauskommt und ein Schnaps obendrauf.« Die FDP hielt auch eine Gegenrede zum Verkauf, knickte dann aber ein und enthielt sich der Stimme. LN veröffentlicht die Analyse von Stadtrat Reiner Engelman (DIE LINKE): (Minuten vor der Abstimmung im Rathaus gehalten)

Staatsanleihen werden für eine Rendite von nicht einmal einem Prozent verkauft, der Zinssatz in Deutschland liegt bei drei Prozent.

Die HL komm erfüllt alle Vorgaben, die wir an die Investitionen im Hause SWL stellen.

Auf das Eigenkapital von 12,6 Mio. Euro erwirtschaftet die HL komm eine Rendite von 22,3 Prozent, nimmt man Ausleihungen der SWL 3,9 Mio. Euro auf das Eigenkapital hinzu, kommt man auf 17 Prozent.

Dies haben auch andere erkannt, der BBvI als Beratungsgesellschaft standen schon die Dollarzeichen im Auge.

Die Ernüchterung war groß, als man feststellte, dass die prognostizierten Verkaufszahlen nicht erreicht werden. Aber statt sich einmal zu fragen, warum der Markt nicht 80 Mio. Euro hergibt, stellt man sich in die Reihe der potentiellen Käufer und redet das Unternehmen herunter und liest der Belegschaft die Schmierpapiere vor. Was noch bedenklicher ist, dass die, die Papiere erst schreiben, nunmehr doch die Firma kaufen. Was sind denn das für Geschäftsleute, mein Haus hätten die nur einmal betreten.

Was haben sich denn die Vorbereiter des Verkaufes gedacht, als sie als potentiellen Käufer die enviatel darstellten? Eine Frage auf den vielen Empfängern hier unserer Stadt hätte genügt, um festzustellen, dass die gar nicht kaufen wollen, ja gar dürfen.

Enviatel, die gisa waren bereit, gemeinsam mit Perdata, HL-komm einen Leipziger It/ Kommunikationskonzern zu bilden, mit der Option, dass aus Thüringen eine weitere Beteiligung denkbar ist.

Nun ich hatte leider einen Unfall und konnte eine Zeitlang nichts mehr hinterfragen, aber da nichts zu tun ist fatal und zeigt die gesamte Problematik der Leitung unserer Stadt.

Es erinnert alles, was hier passiert, an Hans im Glück.

Jetzt wollen Sie, Herr Oberbürgermeister, HL komm bewusst an eine Heuschrecke verkaufen. Star Capital hat pepcom im August 2010 gekauft. Star Capital behauptet auf seiner Website, dass sie in den letzten Jahren sieben Engagements verkauft hat mit einer Haltedauer von ein bis fünf Jahren. Nun scheint sich Star Capital auch

Hans im Glück war glücklich als er seinen Goldklumpen losgeworden war, Sie, Herr Oberbürgermeister, scheinen es auch zu sein.

für primacom in Leipzig zu interessieren mit ca. 250 Arbeitsplätzen. Also erleben wir möglicherweise, dass HL komm und primacom in Leipzig fusioniert werden – verbunden mit einem merklichen Arbeitsplatzabbau. 10 Prozent der Lohnsumme kann ja bei HL komm problemlos und ohne Strafe gestrichen werden. Nach dem bisherigen Rhythmus dürste Star Capital dann pepcom spätestens 2015 wieder verkaufen. Vielleicht an Versatel? Liebe Kollegen der SPD, ich schenke mir, Sie an die Brandreden, die ihre Führungspersonlichkeiten in der Öffentlichkeit halten und in deren Resonanz Sie sich so gern sonnen, zu erinnern.

Hans im Glück war glücklich als er seinen Goldklumpen los geworden

war, Sie, Herr Oberbürgermeister, scheinen es auch zu sein. Aber diese Stadt verträgt diese Art von falscher Wirtschaftspolitik gegen die Bürger nicht. Sie verschenken die ertragreichsten Firmen an Heuschrecken, nehmen Arbeitsplatzverluste locker in Kauf, akzeptieren fehlenden Wettbewerb in Leipzig und den fehlenden Auf- und Ausbau von wichtiger Infrastruktur. Die Wissensstadt Leipzig, die Studenten, die Kreativwirtschaft brauchen eine HL komm. Fragt nur einer, warum sich das Internetradio 90Elf in Leipzig entwickeln konnte? HL komm hat einen erheblichen Anteil.

Heute argumentieren Sie mit einer nötigen Reduzierung der Verschuldung der LVV. Sie haben diese Aufgabe dem Management gestellt. Aber meine Damen und Herren, nichts wird entschuldet, wir haben Mühe die Kosten des Verkaufes wieder zu bekommen. Wahnsinn in Reinkultur! Einflüsterungen sind nun mal ein schlechter Ratgeber.

Gleiches gilt für die Reduzierung der sogenannten Deckungslücke von 123,1 Mio. Euro aus der Vorlage V/104 des Jahres 2011. Es gibt keinerlei Verweis auf diese Vorlage im heutigen Beschlussentwurf. Man darf wohl nun davon ausgehen, dass das Problem so gar nicht existiert.

Wir wollen Daseinsfürsorge in Leipzig mit einer Rendite von weit über zehn Prozent verkaufen und suchen krampfhaft nach neuen Kraftwerken mit Renditen von sieben Prozent in Deutschland. Das ist pervers. Das ist ungefähr so, wie Sie eigentümerlose Häuser vermeintlich profitabel verkauft haben.

Sollte verkauft werden, bleibt am Ende noch die Pflicht, mich bei den Mitarbeitern zu entschuldigen, weil es uns nicht gelungen ist, diese Firma im Besitz zu halten, es nicht gelungen ist, den Stadtrat auf seine Beschlüsse zu zwingen. Er hatte festgelegt, dass 49 Prozent zu verkaufen sind, nicht 75 Prozent, wie in der ursächlichen Vorlage stand. Was die Bürger mitnehmen, ist, auf das Wort des Leipziger Rates können sie sich nicht verlassen. Ein Mann, ein Wort gilt für unsere Stadt nicht mehr, wir finden uns in der Beliebigkeit wieder. Schade, aber der Souverän hat auch die Chance, sich selbst zu disqualifizieren.

§ / Der Räuber und der Suff

Räuber vom Format eines Robin Hood oder brutale Gangster wie John Dillinger sind hierzulande eher selten. Dennoch gibt es Raubtäter. So wie den 23jährigen Michael A. aus Leipzig-Grünau. Angeklagt ist er vor dem Amtsgericht wegen Raubes, räuberischer Erpressung und Körperverletzung. Das hört sich schlimm an und ist es gewiss auch. Aber es ist statt eines kriminellen Dramas eher eine dumme Posse.

Was ist geschehen?

Nach einer Party mit erheblichem Alkohol bettelte Michael A. in den Morgenstunden des 28. Februar 2012 in der Nähe einer Tankstelle, wo er noch eine Flasche Bier trank, einen 60jährigen Schlosser um eine Zigarette an, die ihm der Nichtraucher nicht geben konnte. Darauf verfolgte ihn Michael A., forderte » 50 Euro her!«, griff sein Opfer tückisch an und entriß ihm die Tasche. Das wusste sich allerdings gut zu wehren, so dass der trunkene Angreifer zu Boden ging. Statt sich mit seiner Niederlage zufrieden zu geben, war der Täter derart blöd, die Polizei zu rufen. Bei ihm wurden zur Tatzeit 2,6 Promille Blutalkohol festgestellt.

Auch vor Gericht machte der Täter einen verwirrten Eindruck. Seit seinem 19. Lebensjahr neigt er zum Alkoholmissbrauch. Er ist arbeits- und berufslos, hat nach zehn Jahren Schule diese nach der 8. Klasse ohne Abschluss verlassen. Er lebt im »Hotel Mama« ohne Antrieb und ziellos seit Jahren in den Tag hinein.

Immerhin scheint er noch so viel Verstand zu besitzen, dass er sich für seine Tat entschuldigt und Besserung verspricht. Der als Zeuge geladene Schlosser kennt Michael vom Sehen und weiß auch um dessen Probleme. Er nahm die Entschuldigung ohne Groll an und rief dem Täter zu: »Höre endlich mit der Sauferi auf und kümmer dich um Arbeit!«

Dem ist eigentlich nichts hinzu zu fügen. Bleibt der Tatbestand.

Der Staatsanwalt relativierte die Schwere der Anklage und forderte anderthalb Jahre Gefängnis zur Bewährung. Der Verteidiger nannte acht Monate als ausreichend. Das Urteil des Richters: Ein Jahr Gefängnis mit zweijähriger Bewährung sowie 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Hart aber fair.

FRANZ HASE

»Regionen fördern! Nicht bestrafen!«

Wie weiter mit den Fördermitteln für Leipzig, einer sogenannten »Phasing-Out-Region«?

Dr. Cornelia Ernst, Mitglied des Europäischen Parlaments, im Interview mit »Leipzigs Neue«

LEIPZIGS NEUE: *Gegenwärtig werden die Verordnungen für die Fördermittel von 2012 bis 2014 im Europäischen Parlament und im Rat verhandelt. Womit müssen die europäischen Regionen künftig rechnen?*

Cornelia Ernst: Sie müssen mit weniger Geld rechnen. Die Kommission hat in ihrem Vorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen 336 Mrd. Euro für die nächste Förderperiode veranschlagt. Das sind ungefähr fünf Prozent weniger als in der jetzigen Periode. Zudem wird ein Großteil der Förderschwerpunkte künftig in den Verordnungen auf europäischer Ebene geregelt. Das wird den Regionen weniger Spielraum in der Ausgestaltung der Förderschwerpunkte lassen. Unsere linke Fraktion setzte sich für größtmögliche Flexibilität ein, aber unser Antrag wird leider keine Mehrheit finden. Ferner wird ein neuer Sanktionsmechanismus eingeführt: So sollen die Regionen, deren Mitgliedstaat die Verschuldungsgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht einhält, weniger oder gar keine Strukturfondsmittel mehr erhalten. Dies lehnen wir klar ab, denn die europäischen Fördermittel dürfen kein Bestrafungsinstrument sein! Denn gerade dann brauchen Regionen die Mittel am nötigsten, wenn der Mitgliedstaat sich in Haushaltschwierigkeiten befindet.

Ostdeutschland erhält ab 2012 nur noch eine Art Übergangsförderung. Was ist das und was bedeutet das für die Regionen?

So wollen es zumindest Kommission und Parlament. Eine Übergangsförderung, sollen die Regionen erhalten, die zu einem bestimmten Stichtag ein durchschnittliches EU-Bruttoinlandsprodukt zwischen 75 bis 90 Prozent ausgewiesen haben (eine Zwischenkategorie). Das sind z.B. die meisten ostdeutschen Gebiete. Wer drunter bleibt, erhält als geringer entwickelte Region die Höchstförderung, wie z.B. in Rumänien und Bulgarien. Wer drüber liegt, erhält als stärker entwickelte Region die deutlich geringere Förderung, wie z.B. die meisten westdeutschen Regionen. Aber eine Übergangsförderung ist bislang noch nicht sicher. Denn der Rat der Europäischen Union, der ebenso wie das Parlament zustimmen muss, verhandelt noch. Mindestens bis Ende 2012 werden Gespräche zwischen Parlament und Rat stattfinden. Wir möchten eine Übergangsförderung, die sicherstellt, dass die Regionen auch in Zukunft mindestens zwei Drittel der jetzigen Mittel erhalten. Und zwar alle Regionen in Ostdeutschland, die ehemaligen Höchstfördergebiete und auch die sogenannten »Phasing-Out-Regionen«, dazu gehört das Leipziger Gebiet. Dazu gehört auch eine entsprechende Kofinanzierung.

Schon in der jetzigen Förderperiode hat Leipzig trotz erheblichen Bedarfs deutlich weniger Mittel zur Verfügung als andere ostdeutsche Gebiete. Woran liegt das?

Leipzigs Bürgerschaft ist nicht reicher als die in Dresden, im Gegenteil. Soziale Kenndaten sprechen eine andere Sprache, wie Einkommen und soziale Bedürftigkeit. Aber sowohl der statistische



Dr. Cornelia Ernst war seit 1998 Mitglied des Sächsischen Landtags und von 2007 bis 2009 Landesvorsitzende der Linken in Sachsen. Bei der Europawahl 2009 wurde sie ins Europäische Parlament gewählt. GUE/NGL steht für Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke

Effekt, welcher durch den Beitritt sehr armer Mitgliedsstaaten seit 2004 automatisch die absoluten Werte des EU-Bruttoinlandsprodukts gesenkt hat, als auch die Strombörse sind Faktoren, die diesen Wert gerade der Leipziger Region nach oben schnellen ließ.

Was bedeuten die Verordnungsentwürfe der Kommission nun für die Leipziger Region unter Berücksichtigung der neuen Stichtage?

Nach gegenwärtiger Lage sind die Jahre 2007 bis 2009 Grundlage für die Berechnung der Förderhöhe der Regionen. Da die Werte für das BIP in der Leipziger Region sogar über 90 Prozent liegen, wäre entgegen anfänglicher Annahmen – diese Region bei einer möglichen Zwischenkategorie gar nicht mehr dabei. Sollten sich die Verhandlungen im Rat noch bis 2013 hinziehen, könnten durch noch spätere Stichtage auch andere sächsische Regionen aus der Zwischenkategorie geworfen werden.

Abgeordnete der GUE/NGL, aber auch anderer Fraktionen setzen sich dafür ein, dass Leipzig unter das so genannte Sicherheitsnetz gebracht wird. Mit welchen Folgen?

Das Netz bedeutet, dass die Regionen, die jetzt Höchstfördergebiete sind, mindestens zwei Drittel der jetzigen Fördersumme erhalten. Diese Höhe wird an der Fördersumme der bisherigen Höchstfördergebiete ausgerichtet. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass nicht nur Höchstfördergebiete wie Dresden und Chemnitz diese Fördersummen-Garantie erhalten, sondern auch Regionen wie Leipzig.

Konstanze Krehl (SPD) als eine der beiden Berichterstatter für die Allgemeine Verordnung hat sich als »Retterin von Leipzig« feiern lassen. Berechtigterweise?

Frau Krehl ist gemeinsam mit Herrn Niestelroij

Berichterstatterin für die allgemeine Verordnung, wo auch Fragen zum Sicherheitsnetz geregelt werden. Seit Monaten haben wir uns als GUE/NGL-Fraktion im Ausschuss dafür eingesetzt, dass Phasing-Out-Regionen, wie Leipzig auch unter das Sicherheitsnetz kommen. Leider habe ich da wenig Unterstützung von Frau Krehl erfahren. Ihr Bericht zur Verordnung enthält keinen Vorschlag, der Leipzig unter das Netz bringen würde. Deshalb habe ich dazu einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht, ähnlich auch Herr Winkler. Einen solchen Änderungsantrag zum eigenen Bericht zeichnete Frau Krehl erst kurz vor Antragsschluss als Abgeordnete. Ob das Parlament diesen Vorschlägen folgt, ist offen, so offen, wie im Rat. Er entscheidet letztlich in seinen Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen darüber, und bei diesen Verhandlungen hat dann das Parlament leider nicht mehr so viel zu sagen, sondern kann nur noch zustimmen oder ablehnen.

Wie verhält sich der Rat zu dieser Frage, insbesondere Deutschland?

Deutschland ist für das Sicherheitsnetz und auch dafür, die Phasing-Out-Regionen (wie Leipzig) mit einzubeziehen. Fraglich ist aber, ob Deutschland das durchsetzen kann und wenn ja, zu welchem Preis. Denn viele andere Mitgliedstaaten (z.B. Frankreich) sind dagegen. Es würde zu viel kosten.

Wann entscheidet sich, ob die Bemühungen erfolgreich gewesen sind?

Ende 2012 oder Anfang 2013, je nachdem, wann die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen abgeschlossen sind. Bis dahin ist wichtig klarzustellen, dass auch Leipzig dringend weitere EU-Hilfen braucht, für sozialpolitische Ziele. Dazu gehört die Bekämpfung von Armut: Leipzig hat da im Vergleich zu Dresden und Chemnitz eine höhere Quote. Sie liegt mit 23 Prozent erheblich über dem sächsischen Durchschnitt.

Die GUE/NGL führt eine Kampagne zum Thema »Regionen fördern! Nicht bestrafen!« durch. Was verbirgt sich dahinter?

Sie startete am 12. Juni und richtet sich gegen ein Vorhaben der deutschen Bundesregierung und anderer Regierungen, (z.B. Österreich, Schweden, Italien und Frankreich), Fördermittel aus den europäischen Strukturfonds künftig als Druckmittel gegen Mitgliedsstaaten in der EU einzusetzen. Das heißt, wenn Mitgliedsstaaten die Verschuldungsgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht einhalten, drohen Kürzungen oder gar Streichungen. Unserer Meinung nach dürfen Regionen nicht bestraft werden, wenn sich der Mitgliedstaat in Haushaltschwierigkeiten befindet. Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise brauchen wir Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung, auch durch die Strukturfonds. Mit unserer Kampagne machen wir gegen diesen neuen Sanktionsmechanismus mobil.

Informationen dazu unter
www.cornelia-ernst.de

Plädoyer für Politikfähigkeit

Grünauer schreiben einen offenen Brief an den Parteivorstand »Die LINKE«

»Leipzigs Neue« reagiert mit diesem Abdruck auf viele Äußerungen, die die Redaktion erreichten

Liebe Genossen,

wir – Genossen der Basisorganisation Leipzig Grünau-Ost – haben über die Ergebnisse des Göttinger Parteitages diskutiert und, wie es anders nicht sein konnte, waren unsere Meinungen und Fragen dazu nicht unberührt von den Informationen, die wir seit Wochen und Monate über die Querelen und Grabenkämpfe unter führenden Genossen unserer Partei lesen mussten. Natürlich verbindet wir mit Göttingen auch die Hoffnung auf einen guten Start der Doppelspitze und ein enges Miteinander für unser Programm, dass auch jeder von uns mit seiner Unterschrift bekräftigt hat. Trotzdem waren wir einhellig(!) auf unserer Beratung der Meinung, Euch diesen Brief zu schreiben, um Euch wissen zu lassen, was wir nicht verstehen, und was wir von Euch erwarten.

*

Wir können überhaupt nicht verstehen, dass das Geltungsbedürfnis Einzelner verbunden mit dem Hang, sich auch öffentlich zu präsentieren, der Partei Diskussionen aufzwingt, die alles andere als produktiv sind und das Image unserer Partei beschädigen.

Bei allem Verständnis für Pluralismus und für verschiedene Strömungen in unserer Partei sind wir doch der Meinung, dass diese auf der Grundlage des Programms in einen breiten Strom einmünden müssen, der in unserer Gesellschaft Zeichen setzt, Kräfte bündelt und damit auch etwas bewirkt. Die vielen beispielhaften Aktivitäten und Ergebnisse linker Politiker auf kommunalen Ebenen werden doch als solche kaum wahrgenommen, auch »Dank« der auf Sensationen orientierten Medien.

Nach unserer Meinung ist eine Partei, die Geschlossenheit nach außen zeigt, keineswegs langweilig. Für uns galt immer, Diskussionen, Auseinandersetzung um die Sache im Vorfeld, aber Entscheidungen der Mehrheit haben alle zu akzeptieren! Vielleicht finden das manche altmodisch, aber wir sind kein Diskutierklub, in dem jeder machen kann, was er für richtig hält.

*

Wir können überhaupt nicht verstehen, wie sich ein solcher Egoismus entwickeln und breit machen konnte, dass offensichtlich einige Genossen vergessen haben, dass Sie ihre Funktion einem Mandat ihrer Wähler verdanken, die Vertrauen in sie und in die Partei gesetzt haben. Das

Abschneiden der Linken zu den letzten Wahlen und die aktuellen Umfragen des Politbarometers zeigen doch mit einer für uns erschreckenden Deutlichkeit, was potentielle Wähler, Sympathisanten und auch Genossen von diesem Gegeneinander, diesem Hickhack halten. Es ist höchste Zeit aufzuwachen und endlich wieder politisch, das heißt durch Aktionen wahrgenommen zu werden.

*

Wir können überhaupt nicht verstehen, politisch so allein gelassen zu werden. Wie sollen wir denn künftig an den Informationsständen unsere Partei repräsentieren? Mit unserem guten Programm allein können die Bürger nicht viel anfangen. Die und auch wir wollen Antworten, wie die linken Kräfte in unserer Gesellschaft die brennenden Probleme in unserem Land benennen und Auswege zeigen. Gebt uns doch Argumente in die Hand, Informationen über linke Positionen zu den Alltagsproblemen, und zwar nicht allgemein, sondern konstruktiv. Gebt uns auch Informationen darüber, wie die sogenannten Volksparteien den Sozialstaat gezielt in den Graben fahren. Allgemeine Argumente sind da zu wenig. Hilfreich und nützlich wären konkrete und aktuelle Informationen aus der Arbeit unserer

Abgeordneten auf allen Ebenen über Erreichtes, aber auch über Widerstände, Blockaden und Abgelehntes. Wir brauchen »Futter«, um Euch überzeugend nach Kräften in Eurer Arbeit unterstützen zu können. Dazu wollen wir mit diesem Brief auch unsere Bereitschaft dokumentieren

Wir setzen große Hoffnung in die Ergebnisse des Göttinger Parteitages, und um aus dem Interview mit dem »nd« (6. Juni 2012) den letzten Satz aufzugreifen. Wir würden ihn aus dem Konjunktiv heraus wie folgt verändern: »Es muss gelingen, schnell zur Politikfähigkeit zurückzufinden.« Nur so kann das Blatt gewendet werden.

Dafür wünschen wir Euch und uns Stohvermögen und gutes Gelingen.

Mit solidarischem Gruß!

Uwe-Jens Heuer

Grünauer

Leipzigs Neue

Beauftragter

Beauftragt von
der Basisorganisation
Leipzig Grünau-Ost

»Ich hoffe, dass ich Menschen Kraft gegeben habe.«

Diesen Ausspruch von Uwe-Jens Heuer haben die Herausgeber Ekkehard Lieberam und Jochen Traut der im Mai 2012 erschienenen Gedenkschrift zu Ehren des am 22. Oktober 2011 verstorbenen »Rechtswissenschaftlers und Sozialisten« vorangestellt.

Die Veröffentlichung enthält die Trauerreden von Klaus Heuer, Frederike Heuer, Gregor Gysi und Hermann Klenner, die zahlreichen Nachrufe, eine Auswahlbibliographie sowie Auszüge aus seiner Autobiographie, seinen Büchern und Schriften, Artikeln, gerade auch aus den Volkskammer- und Bundestagsreden. In einem besonderen Abschnitt werden Erinnerungen an und Anekdoten über Heuer erzählt. Deutlich wird die wissenschaftliche Lebensleistung, seine Unbeugsamkeit, der Kampf um Wahrheit und Wahrhaftigkeit, seine Klugheit und Schlagfertigkeit als Rechtswissen-

schaftler wie natürlich auch als Politiker.

Zum Mainstream der Staats- und Rechtswissenschaft der DDR gehörte Heuer nicht. Es spricht für die DDR, dass sich trotzdem dort seine außergewöhnliche intellektuelle Produktivität entfalten konnte. Hermann Klenner traf in seiner Trauerrede das markante Urteil: »Und wenn ich ihn über seinen Platz, in dem, was er gewesen ist, charakterisieren will, vom Standpunkt der Wissenschaft, dann möchte ich sagen, er ist der wichtigste Rechtswissenschaftler deutscher Zunge der letzten 60 Jahre.«

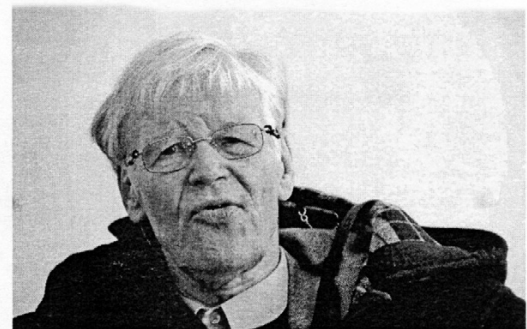
• V. K.

Die Schrift kann im Liebknecht-Haus in der Braustraße 15 für vier Euro erworben – oder falls der Vorrat nicht reicht – über den pad-verlag@gmx.net bezogen werden.

Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer

1927 – 2011

Rechtswissenschaftler und Sozialist



„Ich hoffe, dass ich Menschen Kraft gegeben habe.“

Rentenabstand vergrößert

Zur Anhebung der gesetzlichen Rente am 1. Juli erklärt der sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dr. Dietmar Pellmann:

Die schon im Vorfeld der Rentensteigerung zu vernehmenden Jubelgesänge der schwarz-gelben Regierungskoalitionen in Berlin und Dresden sind nicht nur fehl am Platz, sondern sollen den Rentnerinnen und Rentnern gar suggerieren, dass auch sie vom wachsenden Wohlstand profitieren würden. Nun sind die avisierten 2,26 Prozent im Osten mehr als in den vergangenen Jahren, wo es zum Teil sogar Nullrunden gab. Aber allein die Inflationsrate von über zwei Prozent frisst die Steigerung völlig auf. Und wenn dann noch beachtet wird, dass die Steigerung der Verbraucherpreise (siehe Me-

dieninformation des Statistischen Landesamtes Sachsen vom 27. Juni 2012) bei Nahrungsmitteln über fünf Prozent beträgt, muss gerade für ältere Menschen sogar von einer Wohlstandsabsenkung gesprochen werden.

Aber das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Bisher überhaupt noch nicht wurde Folgendes beachtet: Die Rentensteigerung führt letztlich zu einer weiteren Verzögerung bei der lange überfälligen Herstellung der deutschen Renteneinheit. Bekanntlich wird die Rente in Deutschland nach Punkten berechnet, deren Wert im Osten nach wie vor weit unter dem im Westen liegt. Die bei über 11 Prozent liegende Wertdifferenz hat sich seit 2003 kaum verändert, weshalb die Herstellung der deutschen Renteneinheit seither stagniert.

Eigentlich wollte die Bundesregierung noch in

der laufenden Legislaturperiode diese Rentenungerechtigkeit durch Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West beseitigen. Dieses Versprechen hat sie spätestens mit der nunmehrigen Rentensteigerung gebrochen, ohne dass seitens der sächsischen Staatsregierung ein Wort des Protestes zu vernehmen gewesen wäre. Während der Wert eines Rentenpunktes im Osten um 0,55 Euro auf nunmehr 24,92 Euro steigt, beträgt die Anhebung im Westen 0,60 Euro auf 28,07 Euro. Eine Annäherung an das Westniveau sieht wahrlich anders aus.

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung, in einem Stufenprozess bis spätestens 2016 die Renteneinheit in Deutschland zu vollziehen. Sie greift dabei bewusst Überlegungen von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden auf.

Lernmittelchaos

Zur Ablehnung des Lernmittelfreiheitsgesetzes der LINKEN durch die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP im Schulausschuss erklärt die Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Cornelia Falken:

In der Sitzung des Schulausschusses hat die Mehrheit der Mitglieder aus CDU- und FDP-Fraktion den Gesetzentwurf zur Lernmittelfreiheit in Sachsen abgelehnt. Statt zu handeln wartet das Kultusministerium ab mit der Begründung, das Urteil des Obergerichtes (OVG) in Bautzen erlange, falls kein Einspruch mehr erhoben werde, erst am 22. Juli Rechtskraft. Für Schulleitungen, Schulträger und Eltern kommt eine Reak-

tion des Kultusministeriums mitten in den Schulferien allerdings viel zu spät.

Ein Brief der Ministerin in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ist keine ausreichende Reaktion auf die neue Rechtslage. Das Kultusministerium weiß bis heute nicht, ob es weitere Klageverfahren abwartet, ob es eine Rechtsverordnung erlässt oder ob es das Schulgesetz ändern möchte. Eine Zustimmung zum Gesetzentwurf der LINKEN hätte für Rechtsklarheit sorgen können und den Betroffenen Sicherheit für das kommende Schuljahr gebracht. Um unnützes Chaos in den Schulen in Sachsen Lernmittel zu vermeiden, fordern wir die Fraktionen von CDU und FDP auf, im Juli-Plenum unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

7. Juni

Freiberg: Aus Anlass der bevorstehenden Gründung eines Weltforums für Nachhaltigkeit treffen sich am Wochenende Bergbauexperten aus über 50 Lehranstalten rund um den Globus. Dabei geht es um Wege zur effizienten Gewinnung und Nutzung von Rohstoffen sowie deren Auswirkungen auf Umwelt und Menschen.

8. Juni

Dresden: An der Autobahn 4 wurden von der »Stadtentwässerung« zwei Faultürme in Betrieb genommen, in denen aus Klärschlamm Strom für den Betrieb der neuen Kläranlage erzeugt wird. Die jährliche Energieeinsparung soll damit 3,1 Millionen Euro betragen.

10. Juni

Meißen: Das jetzt zu Ende gegangene größte Open-Air-Lesefestival in Deutschlands konnte mehr als 17.000 Besucher interessieren. Es fanden in Meißen rund 200 Lesungen in über 50 Veranstaltungsorten statt.

12. Juni

Hohenstein-Ernstthal: Nach einer Inspektion durch den Sicherheitsbeauftragten des Motorradweltverbandes FIM hat der Sachsenring die offizielle Freigabe für den Motorrad Grand Prix erhalten.

14. Juni

Riesa: Nach einer Änderung der Polizeiverordnung hat der Stadtrat

nach einem ersten Scheitern dieses Vorhabens ein Verbot für Straßen und Plätze erlassen, auf denen von 9 bis 17 Uhr und von 20 bis 24 Uhr öffentlich kein Alkohol mehr getrunken werden darf.

15. Juni

Brandis: Nach der Sanierung wurde im Gebäude einer ehemaligen Wäscherei die »Musikarche« als künftige Spielstätte für das Jugendorchester, die Orchesterschule und als Veranstaltungsort eröffnet. Auf dem Gelände ist außerdem ein »klingender Spielplatz« entstanden.

Freiberg: Das Sächsische Oberbergamt hat zwei Firmen in Sachsen und Australien Genehmigungen zur Rohstofferkundung und -gewinnung im Westerzgebirge erteilt. Nach Berechnungen lagern im Gebiet Pöhla-Globenstein, das auch die Gemeinde Breitenbrunn und Schwarzenberg umfasst, 38.200 Tonnen Zinn und 19.600 Tonnen Wolfram. Mit Produktionsbeginn ist 2016 zu rechnen.

16. Juni

Chemnitz: In der Sonderausstellung »Mit Chemnitz ist zu rechnen – Von

der Rechenmaschine zum Supercomputer« sind im Industriemuseum bis 9. September Rechenmaschinen und Computer aus rund 100 Jahren zu sehen. Die Ausstellung stellt wegweisende Entwicklungen aus Chemnitz in den Mittelpunkt. Zentrales Exponat ist die einzig noch auffindbar gewesene Großrechenanlage vom Typ ESER.

22. Juni

Leipzig: In Leipzig erhielten sechs Einrichtungen den Titel »Schule der Toleranz«, der mit jeweils 500 Euro Preisgeld verbunden ist. In Projekten haben sich Schüler und Lehrer damit auseinandergesetzt, was es heißt, sich für Schwache einzusetzen, Konflikte ohne Handgreiflichkeiten auszutragen oder fremde Länder kennenzulernen. Weitere Schulen erhielten jeweils 250 Euro.

Meißen: Die Stadt hat das Ludwig-Richter-Museum aus finanziellen Gründen geschlossen. Die Ausstellung über die Meißner Jahre des Malers Ludwig Richter ist künftig im Stadtmuseum zu sehen.

23. Juni

Zwickau: In Reinsdorf bei Zwickau

hat ein Zehnjähriger eine Spritztour mit einem Bagger gemacht. Der Übermütige startete das Fahrzeug mit einem Briefkastenschlüssel. Der Ausflug durch das Dorf wurde von einem aufmerksamen Passanten gestoppt nachdem der Junge aber bereits ein geparktes Auto angefahren hatte. Der Schaden beträgt nach ersten Erkenntnissen rund 600 Euro.

27. Juni

Grimma: An der Klosterruine Nimbtschen bei Grimma sind zahlreiche Klosterfundamente entdeckt worden. Unter der heutigen Geländeoberfläche fanden die Archäologen auch Reste der Kirche, deren Standort bisher nicht zweifelsfrei festgestellt werden konnte.

29. Juni

Leipzig: Die Städte Leipzig und Schkeuditz wollen mit Partnern aus der Umweltforschung Teile des Leipziger Auwaldes wiederherstellen. Dabei sollen ehemalige Wasserläufe in der Luppeau wieder zu einem zusammenhängenden Fließsystem verbunden werden. Der Bund finanziert das Projekt mit fünf Millionen Euro.

30. Juni

Oberwiesenthal: Der Stadtrat hat auf einer Eilsitzung die Vergabe von Planungsleistungen für das Wintersportmuseum beschlossen. Damit kann das Vorhaben mit einer Verzögerung von sechs Wochen begonnen werden.

SACHSENCHRONIK von Helmut Ulrich

Digitale Bürgerhaushalte

Eine Fachkonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Am 23. Juni lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum zur Fachkonferenz »Bürger/in und Kommune im Dialog? Möglichkeiten und Grenzen digitaler Bürgerhaushalte« in das Dresdner Rathaus ein. Lutz Brangsch von der RLS und Benjamin Winkler von »digitaldemokratie.de« moderierten.

Es begann mit einem Ausflug in die Geschichte der Bürgerhaushalte, einer Darstellung der Ausgestaltungsmöglichkeiten sowie dem aktuellen Stand der Beteiligung der BürgerInnen an den kommunalen Haushalten in Deutschland. So wollen derzeit neun Kommunen per Ratsbeschluss einen Bürgerhaushalt einführen, 21 Kommunen haben das bereits getan und führen diesen kontinuierlich fort. 98 Kommunen diskutieren über die Einführung. In Schweden wird das Instrument Bürgerhaushalt zur Bildung von Kindern und Jugendlichen genutzt, um ihnen Funktion und System kommunaler Haushalte näher zu bringen.

In einer zweiten Phase konnten die Teilnehmer in einem Workshop ein Onlinetool für Bürgerhaushalte ausprobieren. Die Abschlussrunde widmete sich der Frage, wo Möglichkeiten liegen, bestehende Konzepte in

Sachsen weiter zu entwickeln? Dabei stellte Markus Heide (Stadtbezirksbeirat DIE LINKE Leipzig) den derzeitigen Stand in Leipzig vor. Christina Emmrich (Stellv. Bürgermeisterin Berlin-Lichtenberg DIE LINKE) berichtete mit viel Leidenschaft die Entwicklung des Bürgerhaushaltes in Lichtenberg innerhalb der letzten sieben Jahre. Als größten Erfolg wertete sie, dass niemand mehr diese Sache in Frage stellt. Die Zahl der sich Informierenden stieg in Berlin von 9730 Bürgern im Jahr 2007 auf 744 729 in diesem Jahr. 2007 waren davon 279 stimmberechtigt und 2012 waren es 2146. Es wurde betont, dass es unbedingt ein parteiübergreifendes Projekt sein müsse und dass von Anfang an die Verwaltung beteiligt werden muss. Nils Jonas führte aus, dass man das Instrument niemals als Profilierungs- und Imageprojekt nutzen dürfe, so bekomme es keine Akzeptanz. Im Gegenteil, sie fühlen sich veralbert. Auch dürfen niemals beschlossene Wege zur Durchführung innerhalb eines Jahres geändert werden, denn sonst fühlten sich die Beteiligten nicht ernst genommen und das Projekt müsse zwangsläufig scheitern. Peter Lames von der SPD Stadtratsfraktion Dresden erzählte, dass es hier zwar einen Beschluss zum



Von links nach rechts: Nils Jonas (Zentralrat, Berlin), Christina Emmrich (stellv. Bürgermeisterin Berlin-Lichtenberg), Dr. Lutz Brangsch (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin), Dr. Peter Lames (Vorsitzender der SPD-Fraktion im Stadtrat Dresden), Markus Heide (Stadtbezirksbeirat Leipzig) Foto: RLS

Bürgerhaushalt gibt, aber dass dieser nur sehr unmotiviert umgesetzt wurde, indem mehrere Versammlungen durchgeführt wurden. Einhellig kann gesagt werden, dass Bürgerhaushalte das Potenzial haben, einen Beitrag zur Demokratisierung der

Gesellschaft zu leisten. Alles in allem war es eine sehr interessante Konferenz. Vielleicht können auch wir damit einen kleinen Beitrag leisten, um dieses Thema weiter voranzubringen.

• Susann Scholz-Karas

Modelle eines Bürgerhaushalts:

Budget-Bürgerhaushalte: Stadtverwaltung gibt einen geringen Betrag des kommunalen Haushalts frei und stellt die Mittel zur Verwendung für Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt frei. BürgerInnen entscheiden, wie die Mittel eingesetzt werden sollen.

Spar-Bürgerhaushalt (Stadt Solingen): Auf Grund der akuten Verschuldung der Kommune und dem drängenden Sparprogramm werden BürgerInnen gebeten, eigene Vorschläge zur Kürzung einzureichen und diese untereinander zu diskutieren. Hierbei soll von vornherein größtmögliche Akzeptanz und Legitimation durch die BürgerInnen erzielt werden.

Christa Wolf lesen – »Medea. Stimmen«

Zur Finissage der Ausstellung »Kein Ort. Nirgends. Zum Leben und Werk von Christa Wolf« lasen am 11. Juni sechs Frauen der AG Lisa Texte aus ihren Lieblingsbüchern der Autorin in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es waren frühe Werke wie »Der geteilte Himmel« und »Nachdenken über Christa T.« darunter, direkt autobiografische wie »Kindheitsmuster« und »Ein Tag im Jahr« und die beiden späteren Werke »Medea. Stimmen« und »Stadt der Engel. The Overcoat of Dr. Freud«.

Ich hatte mir »Medea. Stimmen« zum Lesen ausgesucht, mein Lieblingsbuch von Christa Wolf. Es erzählt die Geschichte der kolchischen Prinzessin Medea, die mit Jason, dem Argonauten, nach Korinth floh. Christa Wolf rekonstruiert und setzt die scheinbar alt bekannte Sage aus alten Quellen neu zusammen. Sie erzählt nun nicht mehr die Geschichte einer Kindsmörderin, die aus Eifersucht tötete, sondern legt ein Verbrechen frei, dessen Aufdeckung Medea zum Verhängnis wird. Medea, die Heilerin, die zutiefst menschliche, floh nicht aus Liebe zu Jason, sondern voller Abscheu vor den Ver-

brechen ihres Vaters und den gesellschaftlichen Zuständen in ihrer Heimat nach Korinth. Doch stößt sie auch in der neuen Heimat auf die gleichen alten Muster von Macht und Verbrechen, denen sie zu entfliehen suchte. Medea kann diese nicht akzeptieren. Man vergaß ihr auch nicht, dass sie die Korinther in Zeiten des Hungers zwang, ihre Pferde zu essen. Sie überlebten mit Medeas Hilfe, aber statt Dank, hegte man Abscheu und wählte sich verhext. Und dann wagt sie es noch, aufrecht und stolz durch die Stadt zu gehen.

In ihrer heimlichen Bewunderung und ihrem Hass laden die Korintherinnen und Korinther Medea die Sünden der Stadt auf, verleumden sie als Kindsmörderin und verbannen sie zu einem Leben in der Wildnis.

Christa Wolf gelingt es dabei, nicht nur den antiken Stoff aufzuarbeiten. Sie schafft es, parallel eine deutsch-deutsche Geschichte zu erzählen und eine zeitlose Flüchtlingsgeschichte – ein großartiges Plädoyer, sich der Wahrheit zu stellen, so schmerzlich sie auch sei und die Menschlichkeit nicht der Staatsräson oder anderen Zielen unterzuordnen.

• Stefanie Götze



Foto: Eiltzer

Noch sprachlos!

Ein Blick auf die Uhr: Gleich beginnt die Lesung. Mein Finger in der richtigen Seite. Ruhig bleiben! Hoffentlich versagt die Stimme nicht.

Von Januar bis Juni



Das Jung -Team mit Pistolen ... beim Neujahrslauf hörten mal alle auf das Kommando des Oberbürgermeisters ...



...Feuer frei! ... und die linke Hand an das linke Ohr gehalten, damit gerade dieses keinen Schaden nimmt?



Man konnte in Leipzig jedoch den Winter 2012 auch ohne Knall angehen ... zum Beispiel mit Hund im Lene-Voigt-Park. (siehe auch Seite 24)



In der Hektik mal Pausieren, Lesen und Nachdenken. Seit Februar ist das an einem Platz im Hauptbahnhof möglich. Bildhauer Roland Steckel schuf die Stele am Bahnsteig 24. Sie erinnert an tragische Ereignisse des Februar 1945, die für die Deportierten im Ghetto Theresienstadt endeten.



Blicke in verschiedene Richtungen, dennoch wurde in dieser Diskussion gefragt: Wie soll es in Leipzig weitergehen? Pirat Matthias Jung, nicht verwandt mit dem Burghard, wird von Barbara Höll (DIE LINKE) und Felix Ekartd (Die Grünen) flankiert. Damals war Horst Wawrzynski für die CDU noch nicht als OBM - Kandidat im Gespräch.

Bilder und Buchstaben



Claudia Jobst, Susanna Karawanskij und Antje Feiks (von links) liefen überzeugt und engagiert in den Wonnemonat.



»Flashmob« bedeutet so viel wie »Blitzaufmarsch« und beschreibt spontane Zusammenkünfte, die meist über das Internet vereinbart werden. Im Leipziger Zentrum kam man dabei auch zum Liegen. Behaupte keiner, die jungen Leute wüssten nicht warum und weshalb ...



Als beim Leipziger Uni-Gespräch »Zukunft mitgestalten« kein Podium vorhanden war, setzten sich Katrin Lompscher, sie führte die Umweltzone in Berlin ein, die der Senat wegen Überschreitung der EU-Schadstoffgrenzwerte beschlossen hatte, und Heiko Rosenthal, er bewirkte in Leipzig Ähnliches, kurzerhand auf den Tisch und diskutierten mit Verstand und ... der Hand. (Siehe auch Beitrag im Leserdisput auf Seite 20.)



Horst Köhler wurde als Erster zum Thomanerjubiläum eingeladen, später verhandelte die Stadt Leipzig mit Christian Wulff, zuletzt kam Joachim Gauck mit seinem Gefolge. Waren da tatsächlich aller guten Dinge drei?



Nicht mit Ruhm bekleckert ...



Bonnie (Linda Pöppel) und Clyde (Manolo Bertling) auf der Straße des Geldes, der Gewalt und der Liebe.

Foto: Rolf Arnold/Centraltheater

Das Weiße Haus und der dazugehörige Asphaltplatz sind der Ort für das Sommerspektakel des Leipziger Centraltheaters. Regisseur Michael Schweighöfer zeigt »Die Geschichte von Bonnie und Clyde« als (leider) langweilige Adaption verschiedener Roadmovies zum Thema. Das berühmte Gangsterdrama aus dem Jahr 1967 von Arthur Penn ist nur eine Facette in der Rezeptionsgeschichte um Bonnie Parker und Clyde Barrow, die den Südwesten der USA zur Zeit der Weltwirtschaftskrise unsicher machten.

Sommertheater muss spritzig, niveauvoll und mit einem geheimnisvollen Hauch Leidenschaft daherkommen. Schweighöfer lässt zwar einen echten US-Buick heranrollen, doch die Routenplanung ist konfus. Es wird geballert, gelacht, oft angerissen, nie vertieft. Die Schauspieler wirken überfordert und lustlos. Da werden Szenen der Lächerlichkeit preisgegeben, als Menschen sich im Todeskampf winden. Ein Totalausfall ist Manolo Bertling, der nur deklamiert und kaum zu verstehen ist. Seinem Clyde fehlt Leidenschaft und Tiefe. Linda Pöppel als Bonnie agiert blass und teilnahmslos. Am besten Janine Krefß in einer Hosenrolle als Mechaniker C.W. Moss und Andrej Kaminsky als Sheriff. Letzterer hat eine starke, tief bewegende Szene, als er erklärt, warum er Polizist wurde.

Das Konzept: Roadmovies als stationäres Theater geht nicht auf. Da helfen auch Videokamera und Monitor nicht weiter.

Unglaublich ist es, nach der zwanzigminütigen Pause, kaum noch zehn Minuten zu spielen. Was oder wer fiel da aus? Tipp: Zuschauer mit heller Kleidung sollten die erste Reihe meiden, da die Blutvorräte im Hause Hartmann noch nicht alle sind. Damen sind bekleckert und verstimmt in den Abend verschwunden. • D.M.

**Nächste Aufführungen:
bis 15. Juli 2012
(außer Montag) 19.30 Uhr**

Nochmals drei Premieren beschernte der Juni den Leipziger Musiktheater. Die Oper machte aus einer Verlegenheit eine Tugend. Statt der mit dem inzwischen verschwundenen Peter Konwitschny angekündigten Neuinszenierung von Glucks »Iphigenie auf Tauris« wartete sie mit dem Titel »Mozart hätte gelacht ... (Salieri auch)«, eine Kombination von Wolfgang Amadeus Mozarts Einakter »Der Schauspieldirektor« und Antonio Salieri ebenfalls einaktigem Intermezzo »Erst die Musik, dann die Worte« auf.

Die langjährige Abendspielleiterin und Regieassistentin Gundula Nowack bewies mit ihrer vergnüglichen Szenengestaltung, dass man mit ihr manch selbstgefälligen Gastregisseur der letzten Jahre hätte einsparen können. Sie lässt Chin Meyer als Impresario, Jochen Kupfer als Komponisten, David Pichlmaier als Poeten, Eun Yee You, Jennifer Porto als Sängerinnen, Philippo Adami als Sänger und Katja Beer als singende Putzfrau diesen Theaterstreit höchst vergnüglich und auch überdreht vorführen. Am Pult sorgt Anthony Bramali mit dem Gewandhausorchester und den Solisten für Esprit.

Viel Beifall für Oper, Ballett und Hochschule

Das Leipziger Ballett erweist mit der Wiedereinstudierung des ersten Klavierkonzertes von Béla Bartók und der Suite für zwei Klaviere von Sergej Rachmaninow in der Choreografie von Uwe Scholz dem einstigen Ballettchef mit großem Einsatz seine Reverenz. Mit den »Catulli carmina« setzt der Ballettdirektor Mario Schröder nach den »Carmina burana« seine Einstudierung von Orffs Trilogie »Trionfi« (Triumphe) fort. Die jetzige Verbindung mit den Werken von Bartók und Rachmaninow lässt deutlich werden, was er seinem Lehrer und Förderer Uwe Scholz verdankt und welch eigenen Ideenreichtum er einzusetzen hat. Dabei kann er sich auf tänzerisch und artistisch großartige Solisten und sein insgesamt leistungsstarkes Ballett verlassen, allen voran Illia Bukharov als Catull und Fang Yi Liu als Lesbia. Den anspruchsvollen Vokal- und

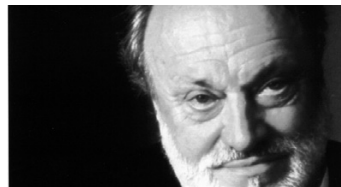
Instrumentalpart meistern der von von Anthony Bramall konzentriert geleitete Opernchor (Einstudierung Alessandro Zuppardo), die Solisten Viktorija Kaminskaite und Dan Karlström, vier Pianisten und Schlagzeug des Gewandhausorchesters. Großer Jubel.

Viel Freude bereitete auch die diesjährige, der Strauß-Operette »Die Fledermaus« gewidmete Musiktheaterarbeit der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater. Der nach fünfjähriger verdienstvoller Tätigkeit als Intendant der Theater Altenburg/Gera an die Hochschule zurückgekehrte Matthias Oldag sorgte als Regisseur und Bühnenestalter mit dem Dirigenten Ulrich Wildfuhr, einem in allen Partien doppelt besetztem spielfreudigen Solistenensemble, dem Chor und dem Orchester der Hochschule für eine flotte, unbefangene, zuweilen herausfordernde Gestaltung. Dem auf Präzision und Tempo orientierten Orchesterklang wäre allerdings etwas Wiener Charme zu wünschen gewesen. Doch das störte die begeisterten Besucher kaum.

• Werner Wolf

Masur und Blomstedt werden 85

Die beiden einstigen Gewandhauskapellmeister und jetzigen Ehrendirigenten des Gewandhausorchesters feiern am 18. und 11. Juli ihren 85. Geburtstag. Soll in aller Kürze das Wichtigste der in aller Welt berühmten Dirigenten aus ihrer Leipziger Tätigkeit genannt werden, ist für das 26-jährige Wirken Kurt Masurs in dieser Stellung festzuhalten: die Gestaltung von jährlichen Zyklen mit dem Höhepunkt der zweijährigen Reihe aller Sinfonien



und Konzerte von Ludwig van Beethoven und Dmitri Schostakowitsch, die Uraufführungsreihe zur Eröffnung des Neuen Gewandhauses wie der unermüdliche Einsatz für den Bau des neuen Gewandhauses sowie die Restaurierung und Einrichtung des Mendelssohn-Hauses als Museum.

Aus der siebenjährigen Arbeit Herbert Blomstedts sind es die über mehrere Jahre angelegten Zyklen der Sinfonien von Ludwig van Beethoven, Gustav Mahler und Carl Nielsen. Es waren nachhaltige Ereignisse.

• W.W.

Fotos: Gewandhaus

Genauer Besehen, war es die Entwicklung des Chores und der Musik der 500 Jahre seit der Reformation; denn aus der Geschichte der ersten 300 Jahre ist weit weniger bekannt.

Diesmal führten über 2100 Mitwirkende 446 Werke von 191 Komponisten in 125 Veranstaltungen vor rund 75 000 Besuchern aus 29 Ländern auf. Fünf neue im Auftrag der Thomaner geschaffene Werke werden nun während des einjährigen Gedenkens zu erleben sein.

Thomaskantor Georg Christoph Biller ging voran und schuf für das Osterfest die »St.-Thomas-Ostermusik« für Solistenensemble, Chor, Orchester und Gemeinde. Mit der »An den Wind« überschriebenen Festmusik zu Pfingsten für vier- bis achtstimmigen Chor und Orchester von Hans Werner Henze, Bachs Himmelfahrts-Oratorium und der Motette »Der Geist hilft« erklang sie nun zum Bachfest. Die beiden Werke gehen neue Wege. Biller vertonte für den Chor freie

»ein neues Lied« 800 Jahre Thomana

Dichtungen aus verschiedenen Zeiten, mit denen er nach anfänglicher Klage Freude und Zuversicht weckt, konzentriert den biblischen Bericht in Rezitative. Hans Werner Henze komponierte einen Text des Theologen Christian Lehnert, der die Zweifel der vereinsamten Jünger in differenzierten Klängen ausdrückt, Schrecknisse erleben lässt. Und er ruft den schaffenden Geist an, lässt Hoffnung aufkeimen.

Im Eröffnungskonzert der Thomaner erlebte das Te Deum von Hans Werner Zimmermann seine Uraufführung. Mit der Aufführung des 100. Psalms in diesem Konzert setzte sich der Thomas-

kantor nachdrücklich für diesen außerhalb der Thomaskirche in Leipzig arg vernachlässigten Zeitgenossen Mahlers ein. Da bleibt bis zum 100. Todestag 2016 viel nachzuholen.

Das Jubiläum sei Anlass, die unermüdliche Arbeit dieses Chores zu würdigen. Das heißt nach dem Schulunterricht neben den Schulaufgaben im Chor und an der musikalischen Ausbildung zu arbeiten, freitags und sonabends in der Motette und sonntags im Gottesdienst zu singen. Für die Neuen im Chor bedeutet das eine außergewöhnliche Veränderung im Leben und für alle Thomaner einen unermüdlichen Einsatz im Dienste der Musik. Die Stadtverwaltung tut gut daran, diese Arbeit nachdrücklich zu unterstützen.

Über Leipzig hinaus befruchten nach ihrer Chorzeit ehemalige Thomaner das Musik- und das Kulturleben. Es könnte eine lange Liste berühmter Musiker folgen. • W.W.

Welch Wiedersehens- und /oder Entdeckungsfreude! Da bringt Icestorm drei dvd's »Alles Trick« heraus, die 15 Arbeiten aus dem Dresdner Trickfilmstudio und von Moskaus Sojuzmultfilm vereinen. Entstanden zwischen 1955 und 1985 und zwischen 10 und 50 Minuten lang, liefen sie seinerzeit im Kino in den Kindervorstellungen, als damals obligatorische Beifilme oder gar Zusatzprogramme zu Spielfilmen, aber auch und immer wieder im DDR-Fernsehen. Und so dürften sie sich denn etlichen Generationen eingepägt haben, zumal so mancher Dialog zum geflügelten Wort wurde. So des kleinen Teufels barmherziges Stöhnen »Oj, oj, oj, mein Bauch!« in »Alarm im Kasperletheater« von 1960.

Schlag Mitternacht steigen Kasperle und seine Freunde aus ihrer Spielkiste und bereiten sich auf Omas Geburtstag vor. Doch oh Schreck: Die für die Jubilarin bestimmten Pfannkuchen sind weg, gemopst und verdrückt vom naschhaften Teufelchen. Auf den setzt sogleich eine verwegene Verfolgungsjagd von Kasperle, Krokodil, Hexe, Räuber, König und Schupo ein – und alles wird letztlich gut.

Diesen viertelstündigen Streifen aus Dresden weist aus, was allen Filmen dieser Editionen zu eigen ist: Ihre Schöpfer – in Dresden wie in Moskau – sind Profis des Metiers, erzählen mit schier übersprudelnder Phantasie, verrückten Einfällen, bald skurril, bald naiv gezeichneten Figuren und Situationen höchst vergnügliche Geschichten. Sicher waltet da der heutzutage so verpönte morali-

Süßer Brei, Pfannkuchen und wahre Freunde



sche Zeigefinger, aber stets auf derart liebevolle-amüsante Weise, so dass man ihn nicht spürt.

Längster dieser 15 Filme ist »Der arme Müllerbursch und das Kätzchen« von 1971, fußend auf einem recht unbekanntem Märchen der Brüder Grimm. Aber was für erfindungs- und phantasievolle, damals leider nicht so recht beachtete Verfilmung ist da entstanden. Der alte, müde Müller schickt seine drei Gesellen in die weite Welt, und wer mit einem stattlichen Ross heimkehrt, der erbt die Mühle. Nur dem Jüngsten gelingt das, denn er ist gegenüber seinen beiden faulen und zänkischen Mitbewerbern arbeitsam, umgänglich und

liebenswert. So findet er denn zuverlässige Gefährten wie das Glühwürmchen, den Igel, das Eichhörnchen, die kleine Maus, mit denen er den heimtückischen Kater besiegt und des wundersamen Kätzchens dreifache Aufgabe löst.

Der Film lebt nicht nur von charakteristischen Märchenmotiven, sondern zugleich oder gar vor allem von zauberhaft typisierten und gemalten Tierfiguren, die an Disneys Traumwelten erinnern, aber hier einen ganz eigenen, schlichtweg betörenden Reiz ausüben. Ein Kleinod!

Retour zu geflügelten Worten. Weitere stammen aus dem Moskauer Trickfilm »Die drei Holzfäller« von

1959 und gehörten zum Wortschatz von jung und alt. Sie sind gute Freunde, leben und wohnen in einer Holzhütte – Frau Strohalm, Meister Bastschuh und Freund Blase. Der ist ein rechter Faulpelz, wird nur hellwach, wird er zu Tisch gerufen: »Oh! Es gibt süßen Brei! Wo ist mein großer Löffel?« Doch diesmal ist der Topf leer; es mangelt an Brennholz. So ziehen denn die drei los, um es herbeizuschaffen. Welch abenteuerliches Unterfangen, welch gefährvolle Zwischenfälle, welch wahre Freundschaft – und welch bildhübscher, drolliger, hintergründiger Zeichentrickspaß, verstärkt durch eine rundum stimmige DEFA-Synchronisation.

Die hatte die sowjetische Serie »Hase und Wolf« kaum nötig, denn sie verzichtet weitgehend auf Sprache, vertraut höchst konträren Charakteren, einer slapstickartigen Situationskomik, einem ihr gemäßen Mu-sikteppich und dem stets wiederkehrenden Finalsatz des Wolfes: »Nu, sa-jaz, pogodi!« (»Nun, Häschen, warte nur!«) 16 zehnminütige Folgen entstanden in der Sowjetunion, danach weitere acht – und alle liegen jetzt gemeinsam auf einer importierten dvd vor, betitelt »Nu, pogodi!« Mitunter wird diese Serie mit Disneys »Tim & Jerry« verglichen, doch eigentlich ist sie frecher, kesser, drastischer. Denn das immerwährende Duell zwischen prahlerischem Pechvogel Wolf und gutgläubigem Naivling Hase nimmt bizarr-groteske Formen an, über deren übermutige Eskapaden man herzhafst lachen kann – und muss. Immer wieder.

• Hans-Dieter Tok

Positive Nebenwirkungen garantiert

Es gleicht der Quadratur des Kreises aus der Lawine gedruckter Neuheiten jene herauszufinden, deren Rezeption nachhaltig wirkt. Im konkreten Fall verdanke ich dem Tipp der Redaktion einige höchst amüsante Stunden. »Nichts für starke Nerven« betitelt U.S. Levin das Bändchen mit 14 Kurzgeschichten rund um die Ungeheimheiten des deutschen Gesundheitswesens. Schade, dass der in Markkleeberg wohnende Autor bereits im »Leidwort« avisiert, dass es sein letztes Buch zum Thema sein werde. Offensichtlich fühlte sich mancher der »Herren über Giftschränke und Totenschein« zu sehr getroffen, so dass der Satiriker um seine medizinische Betreuung fürchten muss. Mit viel Wortwitz, und im Wechsel von leisen und höchst bissigen Tönen beschreibt er Erlebnisse, die wohl jeder von uns schon einmal erlebt haben dürfte: die

vergebliche Jagd nach einem Facharzttermin am Quartalsende, die erst in der U-Haft erfolgreich ist oder das von seinem Zahnarzt beschworene Amalgam-Schreckgespenst, dessen Urheber natürlich der noch heute betreuende Dentist ist. Gewiss, an mancher Stelle wechselt ein Leser das Lächeln auf dem Gesicht und Zornesfalten folgen. Zu sehr decken sich eigene Erlebnisse mit dem Erzählten und die Horrorvision, dass künftig in »Arztpraxen nur Kreditkarten« akzeptiert werden ist faktisch der Punkt auf dem »i«. Aber auch Männer jenseits der 50 und von haus aus Kranke, die ihrerseits den Ärzten zu schaffen machen, bekommen ihr Fett weg. Alles in allem eine lohnenswerte Lektüre, deren Wirkung durch die Zeichnungen von Peter Dunsch verstärkt wird. Auch wenn U.S. Levin angedroht hat, das Thema Gesundheitswesen zur Seite zu legen, kann der Neu-Leser zum einen die bereits erschienenen neun anderen Titel konsumieren. Und zum anderen hat er seine Androhung erfreulicherweise mit einem »entschiedenen vielleicht« relativiert

• Manfred Thomas



„An Ihrer Stelle hätte ich nicht mehr zu einer Trilogie gegriffen.“

U.S. Levin, *Nichts für starke Nerven*. Satiren zur homoöpathischen Anwendung. Zeichnungen von Peter Dunsch. 94 Seiten, dr. ziethen-verlag Oschersleben, 2012, 9,90 Euro

Das Geschichtsbild von der Entwicklung der Sowjetunion, das die SED in den Köpfen der DDR-Bevölkerung zu verankern suchte, war nicht nur einseitig, sondern falsch. Wie hieß es doch in einem Lied aus dem Film »Zirkus«, der in Moskau Ende der 1930er Jahre, zum Höhepunkt des menschenverschlingenden stalinistischen Terrors, spielt: »... denn es gibt kein schöner Land auf Erden, wo das Herz so frei dem Menschen schlägt«. An diesen Film, der in den 1950er Jahren auch in den Kinos der DDR lief, wird sich gewiss der eine oder andere ältere Leser erinnern können.

Baberowskis Buch ist ein ganz wesentlicher Beitrag zur Korrektur des falschen Geschichtsbildes. Es fasst die bisherigen Forschungsergebnisse, die insbesondere nach der Öffnung der sowjetischen Archive in den 1990er Jahren eine neue Qualität erreichten, zusammen. Baberowski analysiert die Memoirenliteratur. Zugleich kommt der Autor durch eigene Archivstudien zu Aussagen, die entweder neu sind bzw. in der Literatur vorhandene Andeutungen belegen und ausführen. Insofern erfüllt er die im Vorwort gestellte Aufgabe, »Neues zu sagen und Altes zu verwerfen«.

Das Buch hat sieben Kapitel: I. Was war Stalinismus? II. Imperiale Gewaltträume, III. Pyrrhussiege, IV. Unterwerfung, V. Diktator des Schreckens, VI. Kriege, VII. Stalins Erben. Beachtenswert ist das umfangliche Literaturverzeichnis.

Den Kern des Werkes bildet für den Rezensenten die Darstellung der unvorstellbaren Stalinschen Gewalt vom Ende der 1920er Jahre bis zum Ausbruch des Krieges. Hier korrespondiert Baberowskis Untersuchung mit den umfanglichen Darstellungen von Simon Sebag Montefiore (*Stalin. Am Hof des roten Zaren, Frankfurt am Main: S. Fischer 2005*) und den Ausführungen und Erinnerungen von Alexander Jakowlew (*Die Abgründe meines Jahrhunderts, Leipzig: Faber & Faber 2003*). Der Berliner Osteuropahistoriker geht aber über beide Publikationen weit hinaus, indem er akribische historische Forschungsarbeit mit auf der Höhe der Zeit stehenden theoretischen Verallgemeinerungen verbindet.

Das gesamte Buch und insbesondere diese Seiten kann man nicht in einem Zug lesen. Es stockt einem der Atem, wenn man erfährt - und durch Archivalien belegt findet - wie Stalin führende Partei- und Staatsfunktionäre, Intellektuelle, höchste und hohe Offiziere - darunter viele Kampfgefährten aus den frühen Jahren der Sowjetmacht - grausam ermorden ließ. Nicht dass Baberowski die Details der Folterungen und des Mordens über Gebühr schildert, allein die Erschießungszahlen lassen einem vor der Tötungsmaschinerie erschauern. So musste beispielsweise Bucharin die

Der Atem stockt

Baberowskis schockierende Analyse



Jörg Baberowski wurde auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse für sein analytisches Werk ausgezeichnet und gewürdigt.

Foto: LN



Erschießung von Kampfgefährten, im Hinrichtungsraum auf einem Schemel sitzend, erst noch mit ansehen, ehe er selbst getötet wurde. Baberowski bemerkt aus seiner Kenntnis heraus: »Niemand weiß, wer sich diese makabere Inszenierung ausgedacht hatte. Aber kein Tschekist hätte es gewagt, ein solches Schauspiel aufzuführen, wenn nicht Stalin selbst dazu die Anordnung erteilt hätte. Vierzig Jahre später fand Molotow nur eine lakonische Erklärung für den Tod Bucharins: Auch Stalin schätzte Bucharin sehr. »Ja, das tat er. Bucharin war sehr gebildet und kultiviert. Aber, was soll man machen?« (S. 258) Die Parteiführung wurde vernichtet, die Parteifunktionäre auf lokaler Ebene wurden ermordet, der größte und bestimmende Teil des Offizierskorps wurde erschossen. Getötet wurde nicht mehr nach persönlicher Schuld oder vermeintlichen Verfehlungen, getötet wurde nach Quoten und auf Grund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe (Kubankosaken, Deutsche, Polen, wegen adliger Herkunft usw.) Ganze Nationalitäten wurden unter furchtbaren Bedingungen deportiert, viele starben auf den Transport, noch mehr wurden erschossen, der Rest ging in Arbeitslager. An verschiedenen Stellen weist Baberowski darauf hin: »Stalins absolute Macht erwuchs aus der Grenzenlosigkeit des Terrors.« (S. 310) Selbst seine Schuld an der verlustreichen Anfangsphase des Großen Vaterländischen Krieges versuchte der Diktator durch brutalen Terror zu vertuschen.

Hier nur einige Anmerkungen zum ersten, mehr theoretischen Kapitel

»Was war der Stalinismus?«: Meines Erachtens handelt es sich um die tiefgründigste und umfassendste Darstellung zu dieser Frage, die man gegenwärtig lesen kann. Theoretische Schärfe ist mit historischem Detailwissen verbunden, und das Ganze bildet eine logische Einheit.

Desen ungeachtet gibt es hier einige Probleme, zu denen der Leser auch eine andere Meinung haben kann. Baberowski bindet den Stalinismus immer an die physische Existenz des Diktators. Der Tod Stalins stellt für ihn deshalb auch das Ende des Stalinismus dar. Der Autor belegt sehr eindringlich, dass die Urheberschaft des Terrors auf Stalin persönlich zurückgeht, dass der Terror von Anfang an das Lebenselixier der bolschewistischen Macht bildete und dass für Stalin und seine Gefolgsleute Macht ohne Terror nicht vorstellbar war. Daraus leitet Baberowski unter anderem zwei Schlussfolgerungen ab: Erstens: Der Diktator war ein »Gewalttäter aus Leidenschaft«, der »Exzess war die Lebensform des Diktators«, der »Schlüssel zur Erklärung der exzessiven Gewalt ist also der Diktator selbst«. (S. 30) Folgerichtig bemerkt Baberowski, dass sich die Gewalt nicht aus Ideen oder Konzeptionen ergibt, sondern aus der Situation entsteht. Soweit so gut. Der Rezensent hat aber Probleme damit, Stalin als »Psychopaten« zu sehen, wie das Baberowski mehrmals tut. Auch spricht er von der »Mordlust« Stalins bzw. dass sich der Diktator an den »Seelenqualen seiner Opfer erfreute«. (Vgl. S. 314, 362ff.)

Während das letztere denkbar und möglich sein kann - Stalin war sicherlich nicht der einzige Mensch, der eine solche Gefühlslage hat - sollte man mit psychologischen Einschätzungen vorsichtig sein. Es sollte für die historische Einschätzung allerdings von geringer Bedeutung sein, ob Stalin an Psychosen oder Neurosen gelitten hat. Baberowski belegt ja anschaulich, dass der Diktator die Gewalt brauchte, um sich als Alleinherrscher über das gewaltige Land zu installieren. Gewalt war notwendig, um die Partei zu zerstören. Gewalt disziplinierte sowohl die Entscheidungsträger als auch die Bevölkerung. Gewalt unterdrückte sie und machte sie zu modernen Sklaven. Allein darauf kommt es an.

Zweitens: Nicht mitgehen kann der Rezensent mit der Auffassung, dass »der Tod des Despoten auch das Ende des Stalinismus« darstellt. (S. 30, 496) Mit dem Tod Stalins kam zwar die »Terrormaschine zum Stillstand« (S. 30), aber die eingetübten Rituale, das selbstzensierende Denken, die Unterwürfigkeit und die Scholastik wirkten weiter. Vom großartigen Versuch Chruschtschows abgesehen, wurde der Stalinismus erst mit der Politik Gorbatschows und dem Zerfall des sozialistischen Weltsystems in seinen Grundlagen überwunden.

Mitten im Text, in der Mitte des Buches versteckt, findet man eine wesentliche Quintessenz der Forschungen des Autors: »Die bolschewistische Revolution war der Versuch, die Bevölkerung des Imperiums zu unterwerfen, zu kontrollieren und zu verändern. Stahlwerke und Panzer sollten Hütten und Ikonen ersetzen, aus Bauern Kommunisten werden. Unter stalinistischen Bedingungen führte aber der Versuch, den neuen Menschen aus der physischen Vernichtung des alten hervorzubringen, in den organisierten Massenmord. Der Traum vom neuen Menschen verwandelte sich in einen Alptraum. Aus Bauern wurden Sklaven, der Sozialismus verkam zur Despotie.« (S. 367)

Baberowskis großartiges Werk ist hier im Osten Deutschlands insbesondere jungen, nach politischer Orientierung suchenden Menschen nahe-zulegen. Politische Orientierung braucht immer eine Sicht auf die Vergangenheit. Soll diese politische Orientierung der Weiterführung des menschlichen Zivilisationsprozesses dienen, muss sie sich mit der ganzen Widersprüchlichkeit des Werdens unserer heutigen gesellschaftlichen Situation befassen. Dazu leistet die vorliegende Untersuchung einen bedeutenden Beitrag.

• Hartmut Kästner

Jörg Baberowski: *Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt*. Verlag C. H. Beck, 3. Auflage, München 2012, 606 Seiten mit 74 Abbildungen, 29,95 Euro.

Leipzig braucht wieder eine leistungsfähige Industrie

Nach einer Reihe Analysen zur jüngsten Geschichte von Leipziger Betrieben vor und nach 1990 (u. a. TAKRAF, MIKROSA, BBG, Bauwirtschaft) und zur verhängnisvollen Deindustrialisierung mit einseitiger Orientierung auf Dienstleistungsbereiche unter der Ägide der Treuhandanstalt, stellen sich nun die Herausgeber bei Einbeziehung weiterer Autoren der Frage »Quo vadis?« – wie können die bisherigen negativen Auswirkungen in der Stadt Leipzig zu-rückgedrängt werden, um ihre Wirtschaft zukunftsfähig zu machen? Probleme und Gedanken als Diskussionsangebot nennen sie ihre Darlegungen.

Prof. Dr. Karl Hartmann, Berlin, verweist zunächst auf das Städteranking, nach dem Leipzig im Jahre 2009 im Vergleich der 100 einwohnerstärksten Städte Deutschlands an 90. Stelle steht und mit der Einkommenssteuerkraft auf Platz 98 liegt. Er fragt dann nach künftigen Möglichkeiten, Umweltsicherung, Ressourceneinsparung und neue Arbeitsplätze vor allem mehr normale Arbeitsverhältnisse zu schaffen. In der kombinierten Entwicklung einer Reihe moderner Hochtechnologien (Informations- und Kommunikationstechnik, Biotechnologie, Nanotechnologie, Mikrosystemtechnik u. a.), sieht er einen gravierenden Erneuerungsprozess im Rahmen der weltweiten »dritten industriellen Revolution« mit spürbaren Veränderungen in Arbeitsstruktur und Arbeitsinhalten.

Ausgehend von einem Vergleich des

angelsächsischen Industriemodells (vorrangiges Wachstum des Dienstleistungssektors, vor allem der Finanzdienstleistungen), und dem bundesdeutschen Modell mit einer Rückbesinnung auf die Industrie als entscheidende Quelle des Brutto-sozialprodukts, analysiert der Autor die Rolle der Industrie im Stadtentwicklungskonzept. Er verweist auf gravierende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, besonders den dramatischen Rückgang des produzierenden Gewerbes, der durch die Ansiedlung von BMW und DHL nicht aufgehoben werden konnte. Der neben Neuansiedlungen (Fahrzeugbau) weiterhin vorgesehene Branchenmix bei Konzentration auf bedeutende zukunftsträchtige Branchen, wie Nachrichtentechnik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Gießereitechnik und Maschinenbau sowie Verlags- und Druckindustrie, Medien-, Umwelt- und Biotechnologie. Worauf sich die Stadt tatsächlich orientieren wird, bleibe aber im Stadtentwicklungskonzept nicht erkennbar.

Aus der Analys des Wissenschafts-

und Arbeitskräftepotentials der Leipziger Industrie schlussfolgert er: Obwohl Leipzig zu den bedeutenden Universitätsstädten gehört und zugleich über mehrere Hochschulen verfügt, reiche das nicht aus. Die Herausbildung des notwendigen Potentials bedürfe eines längeren Zeitraumes. Das Vorhandensein industrieorientierter Forschung sei heutzutage ein wichtiger Standortfaktor. Der Autor bemängelt die fehlende technikkorientierte Forschung an der Universität und den Hochschulen, sieht die Stadt aber in einem langjährigen Aufholprozess, was sich auch in Veränderungen der Beschäftigtenstruktur widerspiegeln. Nötig sei auch eine entsprechende Schwerpunktsetzung bei der Finanzierung. Er unterstützt die Orientierung der Linken und anderer Parteien auf die Neuausrichtung der Clusterstrategie*.

Der 37 Jahre lang in Leipzig wirkende Prof. Dr. Horst Richter aus Freital analysiert die Langfristfolgen des Wirkens der Treuhand im Osten Deutschlands und damit auch

für die Leipziger Industrie und schlussfolgert daraus: 1. Das Plattmachen der Industrie im Osten Deutschlands, darunter in Leipzig, hat eine wichtige Quelle der Reichtumserzeugung zum Erliegen gebracht. 2. Die Dominanz der Finanzwirtschaft gegenüber der Realwirtschaft ist mit einem gigantischen Umverteilungsprozess der Gewinne zugunsten der Banken verbunden. 3. Die Finanzwirtschaft unterliegt nicht der öffentlichen staatlichen Kontrolle. 4. Krisen in der Realwirtschaft bleiben nicht ohne Folgen für die „Finanzindustrie“ und umgekehrt. Wirtschafts- und Finanzkrisen sind heute international. 5. Die Industrie als Kern der materiellen Produktion bleibt die tragende Säule des gesamten Wirtschaftssystems.

Das Resümee der Herausgeber kulminiert in der Feststellung: Die Zukunft werde zeigen, wie ernsthaft daran gearbeitet wird, um unserer Stadt den Makel zu nehmen, als »Armutstadt Deutschlands« bezeichnet zu werden.

• Günter Lippold

* Herausbildung von Netzwerken der Produzenten, Zulieferer, Forschungseinrichtungen und Dienstleister mit einer gewissen regionalen Nähe zueinander, die über gemeinsame Austauschbeziehungen entlang einer Wertschöpfungskette entstehen oder die sich aufgrund gemeinsamer günstiger Standortfaktoren regional ballen.

Karl-Heinz Blaurock, Hubert Schnabel, Peter Zeitsche (Herausgeber): Quo vadis? Leipzigs Industrie. MENSCH UND WERK (Schriftenreihe zur Entwicklung der Industrie in der Stadt Leipzig, V). Vokal-Verlag, 100 Seiten, 9,80 Euro.

Politische Streitschrift

Konstantin Brandt

Das KLEINE SCHWARZBUCH
der deutschen
SOZIALDEMOKRATIE

Die Publikation ist gegliedert in eine Übersicht der seit 1911 von sozialdemokratischen Führern ausgeübten zentralen Partei- und Staatsfunktionen, eine Chronik Teil 1 (1913-1933) und Teil 2 (1933-2011) und schließt ab mit einem Auszug aus einer Rede von Prof. Dr. Dieckmann vom 24. September 2011. Lieder und Texte der Arbeiterbewegung ergänzen den chronologischen Teil.

Das Fazit der sich in wesentlichen Teilen auf Czichon /Marohn »Thälmann. Ein Report!« und Robert Allerts »Im Visier die DDR. Eine Chronik« stützenden Chronik lautet für K. Brandt: »Wie 1913 ist und bleibt die SPD auch heute eine Kriegerpartei. Schon aus diesem Grunde ist diese Partei für ehrliche Linke weder im Bund noch in den

Ländern koalitionsfähig.«

Im Klappentext wird vermerkt, dass K. Brandt dieses Buch »einem ehrlichen Sozialdemokraten gewidmet« hat (gemeint ist sein Vater Karl Brandt), »wie es sie auch heute noch zahlreich in der SPD gibt. Auch ihnen möchte diese Chronik hilfreich sein.« Wie es auch immer sein wird, nachzudenken ist stets von Vorteil, zumal eine Chronik nicht die komplexe Geschichte einer Partei erfassen kann. Vieles wird sehr verknappt behandelt, wobei Umfeld und Hintergründe unberücksichtigt bleiben. Zu den strittigen Fragen gehören ohne Zweifel die vom Autor absolut negative Bewertung der 1984-1987 von SPD und SED geführten Gespräche (»Grundsatzpapier«) sowie angesichts der Realität seine Meinung, dass auch auf Ebene der Länder derzeit generell keine Koalition der Linken mit der SPD möglich sei.

• K. Sch.

Konstantin Brandt: Das Kleine Schwarzbuch der deutschen Sozialdemokratie. Verlag Wiljo Heinen. Berlin 2012. 158 Seiten, 7,50 Euro.

Unzulässige Lücken

Das
Politik
lexikon

Die 5. erweiterte und ergänzte Auflage des Politiklexikons enthält über 1 300 Stichworte, ergänzt durch mehr als 50 Tabellen und Grafiken sowie einen Kartenteil und – gemäß der Schwerpunkte des Lexikons – Zeitleisten zur politischen Geschichte Deutschlands 1945-1949 und 1949-2011, gegliedert für 1949-1990 in BRD und DDR und ab 1990 in BRD, sowie zur Geschichte der Europäischen Integration (1951-2011). Die Gestaltung des aus politikwissenschaftlicher Sicht geschriebenen Lexikons, das sich an einen breiten Nutzerkreis wendet, wurde verbessert und ermöglicht eine problemlose Nutzung.

Soweit sich die Texte auf die Geschichte der DDR beziehen, sind sie sachlich abgefasst, weisen aber, wie bereits zur 4. Auflage vermerkt,

unzulässige Lücken auf und sind nicht immer fehlerfrei. So wurde beispielsweise die DDR zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1949 nicht als »sozialistischer Staat ausgerufen«. Von den Parteien der DDR werden die CDU und die DBD – beide sind, was unter dem ausführlichen Stichwort CDU unerwähnt bleibt, der westdeutschen CDU beigetreten – nicht mit einem eigenen Stichwort ausgewiesen, was auch auf die Volkskammer der DDR zutrifft. Ausgelassen werden der FDGB, der DFD, die FDJ und der Kulturbund, die als Fraktionen der Volkskammer der DDR angehörten.

Trotz der genannten Mängel, die sich vor allem auf das politische System der DDR beziehen, ist jedoch das Lexikon in vieler Hinsicht ein nützliches Nachschlagewerk für an Politik und deutscher Geschichte nach 1945 Interessierte.

• Kurt Schneider

Klaus Schubert/Martina Klein: Das Politiklexikon. 5. aktualisierte und erweiterte Auflage. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2011. 349 S., 19,10 Euro.

Nachdem Walter Ulbricht auf der II. Parteikonferenz verkündet hatte, dass nunmehr der planmäßige Aufbau der Grundlagen des Sozialismus auf der Tagesordnung stünde, waren nicht wenige Zeitgenossen überrascht. Sie fragten danach, in welcher Parteigruppe, in welcher Kreisdelegierten- bzw. Bezirksdelegiertenkonferenz die Frage des Aufbaus des Sozialismus vorher beraten worden war. Insbesondere wäre darüber zu befinden gewesen, ob im Juni 1952 bereits der subjektive Faktor so gereift und die objektiven Bedingungen für eine solche weitgehende Entscheidung gegeben waren?

Das Konzept für den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR wurde von Vertretern der SED-Führung und der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) auf der Basis von Richtlinien aus Moskau gemeinsam ausgearbeitet. Es wurde am 8. Juli 1952 vom Politbüro des ZK der KPdSU gebilligt und von der 2. Parteikonferenz beschlossen. Das aber bedeutete, dass von der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in einem Drittel oder Viertel Land (1/5 der deutschen Bevölkerung lebte in der DDR) ausgegangen wurde. Der Beschluss bedeutete ferner, dass der DDR als kleinem Land, das noch Reparationsleistungen zu erbringen hatte, erhebliche zusätzliche Belastungen wie die Schaffung von Bezirken, der Aufbau der Kasernierten Volkspolizei und der umfassende Start der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande aufgebürdet wurden.

Dies aber waren Aufgaben, die über die politischen, ökonomischen und sozialen Möglichkeiten der DDR weit hinausgingen. Die Überforderung steigerte sich im Herbst 1952. Die 10. Plenartagung des ZK der SED (20.-22. November 1952) orientierte auf den »beschleunigten sozialistischen Aufbau«. Auf sowjetischen Vorschlag beschloss die Tagung, für die Landesverteidigung zusätzlich 1,5 Mrd. Mark einzusetzen. Eine Aufstockung der Mittel für das Militär mussten auch andere europäische sozialistische Länder vornehmen. Das Programm der Sparsamkeit, das Finanzminister Willy Rumpff auf der Tagung begründete, sah u.a. höhere Besitz- und Einkommenssteuern, gezielte Preiserhöhungen, ausge nommen Waren des Grundbedarfs, und Reduzierung von Sozialausgaben vor.

So entstand eine bedrohliche wirtschaftliche und politische Lage. Die Bündnisbeziehungen zu den Mittelschichten, zu wirtschaftsstarke Bauern und zu kirchlichen Kreisen wurden sektiererisch eingeeengt. Die Strafrechtspraxis folgte rabiaten sowjetischen Methoden und Prinzipien, was von vielen Bürgern als Kulturbruch empfunden wurde. Die DDR marschierte im zweiten Quartal 1953 in eine gesamtgesellschaftliche Krise.

In einer an die sowjetische Führung im April 1953 übermittelten Analyse signalisierte die SED-Führung, dass das Maß der Belastung der DDR-Bevölke-

Erfolge und Defizite

Ringens um eine sozialistische Alternative in Deutschland.

Von Siegfried Prokop



ring überschritten war. Am 13. April 1953 bekundete die KPdSU ihr Einverständnis, der DDR Erleichterungen zu gewähren. Doch die sowjetische Führung ließ sich weiterhin Zeit. So beschloss das ZK der SED auf seiner 13. Tagung am 13./14. Mai, dass die Arbeitsnormen zum 1. Juni 1953 »insgesamt um mindestens 10 Prozent erhöht werden.« Dass in dieser Krisensituation die Normen erhöht wurden, war falsch. Was in der Literatur zum 17. Juni heute in der Regel unerwähnt bleibt, ist die Tatsache, dass im April/Mai 1953 Analysegruppen des Politbüros der SED einen »Neuen Kurs« vorbereiteten. Gustav Just berichtete im Jahre 2006 über die Analysegruppe unter Leitung von Fred Oelßner über Fragen der Kultur. Eine Rolle habe dabei die Verletzung der nationalen Frage gespielt, weil der Beschluss der II. Parteikonferenz vorschnell gefasst worden sei. Er warf die Frage auf:

»Mit welchem Hintergrund hat Ulbricht 1952 den Aufbau des Sozialismus beschließen lassen in einer Zeit, wo die Stalin-Note, die an die Westmächte gerichtet war und eine Wiedervereinigung unter bestimmten Bedingungen in Aussicht stellte, noch nicht abgehandelt war. Das heißt, das ging noch hin und her.« In der Tat ging 1952 einiges noch hin und her. Der Notenaustausch der Vier Mächte zog sich bis 23. September hin. Die Sowjetunion hatte schließlich weitere Zugeständnisse für die Gestaltung gesamtdeutscher Wahlen gemacht und auf der Berliner Außenministerkonferenz bot sie im Januar und Februar 1954 sogar den Verzicht auf Reparationen an. Konrad Adenauer bekam es mit der Denkschrift »Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik« von Richard Meyer von Achenbach zu tun. War es in dieser Konstellation angebracht, schon im Juni 1952 mit dem Beschluss über den Aufbau des Sozialismus in der DDR gewissermaßen

»vollendete Tatsachen« zu schaffen? Adenauer schuf vollendete Tatsachen, indem er Richard Meyer von Achenbachs Denkschrift, die sich für die Verhandlungen auf der Basis der sowjetischen Note aussprach, für 30 Jahre sperrte.

Zu den Defiziten zählt eine der problematischen Thesen, die Jossif W. Stalin im Jahre 1952 über das Zerfallen des kapitalistischen Weltmarktes in seiner Broschüre »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« aufstellte. Er behauptete, dass neben dem kapitalistischen ein sozialistischer Weltmarkt entstanden sei. An dieser falschen Bewertung hielten Chruschtschow und Breshnew bis ins Jahr 1974 fest. Ein sozialistischer Weltmarkt entstand trotz bestimmter Ansätze und Versuche in der Chruschtschow-Ära, diesen zu schaffen, nicht, da die Verletzung des Wertgesetzes während der Stalin-Ära nicht wirklich korrigiert sowie marktwirtschaftliche Prinzipien nicht zugelassen wurden. So entwickelte sich der RGW-Bereich zu einer Art Hinterhof des kapitalistischen Weltmarktes, gerade zu einer Zeit, wo sich die wissenschaftlich-technische Revolution in gewaltigen Schritten Bahn brach. Die Sowjetunion hielt an orthodoxen Prinzipien politischer Herrschaft fest, die die auf genau definierte Bereiche bezogenen Austauschbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern gemäß ökonomischen Gesetzen letztlich unmöglich machten. Es ist z.B. bekannt, dass die UdSSR einseitig »Sonderkoeffizienten« für die Bereiche Wismut, Besatzungskosten und Rüstungsgüter festlegte, die zu einem beträchtlichen Abfließen von Nationaleinkommen der DDR in die UdSSR führten. Andererseits gestalteten sich die terms of trade bis Mitte der 70er Jahre zugunsten der DDR. Die genauen Daten sind nur für Teilbereiche bekannt. Die Forschung sollte die exak-

ten Daten auch deshalb zusammentragen, weil der heutige Zeitgeist die Unterstützung der DDR durch die UdSSR gern überbewertet, um die Leistungen der DDR abzuwerten. Heute geht es aber um die sachliche Bewertung und nicht um Klischees, die in diesem Land immer wieder bevorzugt werden.

Die sechziger Jahre, die während der Honecker-Ära kaum gewürdigt wurden, waren die erfolgreichste Periode in der DDR-Geschichte. Nicht mehr mit der offenen Grenze konfrontiert, hatte die DDR ähnliche Bedingungen wie andere osteuropäische Länder. Es kommt hinzu, dass Ulbricht selbst einen Lernprozess durchmachte, junge Leute in die Führung holte und zur Reform der DDR-Wirtschaft sowie zu einem neuen Umgang mit der Jugend (die »sozialistisch frech sein« sollte) ermutigte. Die wirtschaftlichen Probleme von Anfang der 60er Jahre konnten bis 1964 bewältigt werden, was auch im Alltagsleben spürbar wurde. Fernsehgeräte, die bis dahin nur über Kundenlisten erworben werden konnten, waren nun frei zu kaufen. Auch andere Konsumgüter des gehobenen Bedarfs fanden in relevanter Größenordnung Eingang in die Haushalte. Die DDR, die von dieser Zeit an auch von der Erdölleitung »Freundschaft« und einer immer mehr florierenden Petrolchemie profitierte, erreichte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre stabile Zuwachsraten von etwa 5%. Auch im Westen wurde der ökonomische Fortschritt der DDR gesehen. Medien sprachen vom »zweiten deutschen Wirtschaftswunder« und vom »Roten Preußen«. Ulbricht gefiel sich in der Rolle eines Anregers des NÖS als einer »Reform von oben«, wobei er sich nicht scheute, auf Vorschläge von Fritz Behrens und Arne Benary aus dem Jahre 1956 zurückzugreifen.

Schwieriger gestaltete sich die Gesellschaftsstrategie der SED. Sie begriff zwar im Unterschied zur Euphorie der KPdSU, die glaubte, in der UdSSR bis 1980 den Kommunismus errichten zu können, dass es in der DDR noch lange nicht um den Kommunismus ging und gehen konnte. Jedoch wurde die seit 1945 bis Anfang der 60er Jahre vollzogene soziale Umwälzung als »Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse« angesehen. In der Wertungsskala reichte bei dieser Bestimmung aus, dass die Mehrheit der Betriebe einen genossenschaftlichen oder volkseigenen Status hatte. Nicht beachtet wurde der Unterschied zwischen Volkseigentum und Gemeineigentum. Heute können wir deshalb hinter die Wertung des bis Anfang der 60er Jahre erreichten Entwicklungsstandes ein Fragezeichen setzen. Volkseigentum als Staatseigentum, das nicht der Kontrolle durch die Gesellschaft unterlag, war noch nicht Garant und Ausdruck sozialistischer Verhältnisse.

Der zweite Teil des Beitrages von Siegfried Prokop steht im Internet unter www.leipzig-neue.de

Vor 60 Jahren wurde in der DDR die Struktur und Arbeitsweise der staatlichen Organe neu geordnet.

Anstelle der bisherigen fünf Länder gab es 14 Bezirke: Chemnitz (ab 1953 Karl-Marx-Stadt), Cottbus, Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Ge-ra, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam, Rostock, Schwerin und Suhl. Dazu kam Berlin-Ost als Hauptstadt der DDR. Die Kreise wurden verkleinert und ihre Zahl von 132 auf 217 erhöht. Diese Gliederung stellte eine weitgehende Übereinstimmung der politisch-staatlichen Einheiten mit den neu entstehenden wirtschaftlichen Zentren her. Es entstand eine engere Verbindung der Staatsmacht zu den Bürgern – auch deren Kontrolle – und eine direktere Anleitung der örtlichen durch die zentralen Organe. Dieses neue System verband verstärkten Zentralismus mit unmittelbaren regionalen Kompetenzen. Dieses neue Gesetz schuf erstmalig in der DDR bei den Bezirks- und Kreis-tagten Ständige Kommissionen als

Aus 5 wurden 14

Organe gewählter Volksvertretungen. Ihre Aufgaben bestanden in der Wahrung aller staatlichen Interessen, der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Belange der Bevölkerung sowie in der Sicherung der Rechte der Bürger und der strikten Durchsetzung des Gesetzes. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger wurden in die ehrenamtliche Arbeit einbezogen. In den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern (also Großstädten) wurden Stadtbezirke gebildet, mit zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeitern.

Für die meisten ergaben sich durch die Verkleinerung der Kreise und die Umstrukturierung der Länder deutlich verkürzte Behördenwege – recht günstig, bedenkt man das damalige Niveau der Infrastruktur. So entstanden manch nachhaltige Impulse für regionale Wirtschaftskreisläufe.

Der Struktur des Staatsaufbaus wurden zwangsläufig die Strukturen der politischen Parteien, Massenorganisationen und weiteren gesellschaftlichen Organisationen angepasst. Einerseits bezog man viele Werktätige, Bürgerinnen und Bürger ein, andererseits existierten nunmehr hauptamtliche Leitungsapparate statt in 5 Ländern in 14 Bezirken und in 217 statt in 132 Kreisen – personell und institutionell.

In den späten siebziger und in den achtziger Jahren wurden jedoch alle Wirtschaftspläne ausschließlich von SED-Gremien entschieden, wodurch einstige mit dem Gesetz von 1952 verbundene Vorzüge an Wirksamkeit einbüßten.

• **Winfried Steffen**

109

Was sich hinter Leipziger Straßennamen verbirgt

Als vor 12 Jahren die Straßennamenkommission ihre Arbeit beendete, wurden von den zur Diskussion gestellten etwa 170 Straßen 11 umbenannt, betroffen auch die Jonny-Schehr-Straße, benannt nach dem 1933 ermordeten Kommunisten. Da im Leipziger »Militärviertel« Straßen nach Männern des militärischen Widerstandes benannt waren, bekam diese Straße im Juli 2000 den Namen des Generalmajors Hans Oster.

Am 9. August 1887 als Sohn des Pfarrers der reformierten französischen Gemeinde in Dresden geboren, besuchte er die Kreuzschule und machte 1907 sein Abitur. Danach trat er in das 4. Kgl.-Sächs. Feldartillerieregiment Nr. 48 ein und wurde bald zum Leutnant ernannt. Nach Kriegsende und Revolution blieb er als Berufsoffizier in der Reichswehr, diente bis 1924 im Stab der 4. Division (Dresden), zusammen mit Friedrich Olbricht und Erwin von Witzleben. Nach Versetzung in den Stab der 6. Division wurde er wegen einer Karnevalsaffäre mit der Frau eines Kameraden Ende 1932 aus der Reichswehr entlassen. Ab Oktober 1933 war er Zivilangestellter, ab 1935 reaktiver Offizier bei der Militärabwehr. Ende September 1938 berief ihn Canaris zum Leiter der Zentralabteilung der Abwehr (Personal- und Finanzwesen). Ein beabsichtigter Umsturz von Militärs während der Sudetenkrise 1938, bei dessen Planung Oster eine wichtige Rolle spielte, konnte nicht ausgeführt werden, weil Großbritannien und Frankreich auf der



Hans-Oster-Straße

Foto: Eiltzer

Münchener Konferenz den deutschen Gebietsansprüchen auf das Sudetenland nachgaben.

General Oster sammelte Berichte über die Verbrechen der Wehrmacht in Polen und informierte den niederländischen Militärattaché mehr als zwanzig Mal vom verschobenen geplanten deutschen Angriffstermin auf Holland, Belgien und Frankreich. Dieser Widerstand führte in der BRD nach dem Krieg zu Diskussionen über Grenzen des Widerstandsrechts. 1942 verschaffte er Carl Goerdeler falsche Papiere, damit dieser Fäden zu Generalen an der Ostfront knüpfen konnte. Er deckte die Widerstandstätigkeit von Ludwig Beck, Friedrich Olbricht und Henning von Tresckow. Nach der Verhaftung seiner Mitkämpfer Bonhoeffer, Müller und Dohnanny wurde er

1943, unter Verdacht stehend, vom Dienst suspendiert und aus der Wehrmacht entlassen.

Danach lebte Hans Oster auf Schloss Schladitz bei Bad Dübener See und hielt engen Kontakt nach Leipzig. Nach dem missglückten Attentat vom 20. Juli wurde er in der so genannten »Gitteraktion« verhaftet. Im bayerischen KZ Flossenbürg fand ein Scheingericht statt: Oster sowie Bonhoeffer und Canaris wurden am 8. April 1945 ohne jeglichen rechtlichen Mindeststandard zum Tode verurteilt. Zur Erniedrigung der Angeklagten und Belustigung der SS-Schergen mussten sich die drei Verurteilten entkleiden und nackt zum Galgen gehen. Oster wurde auf dem Nordfriedhof Dresden beigesetzt.

• **Dieter Kürschner**

1 / KALENDERBLATT

Vor 20 Jahren gestorben: Josef Schleifstein

Untrennbar mit der Stadt Leipzig verbunden ist der Kommunist Josef Schleifstein.

Am 15. März 1915 in Lodz geboren, starb er am 24. Juli 1992 im Alter von 77 Jahren. Jupp gehörte zu denjenigen Marxisten, die in Krisenzeiten der sozialistischen Bewegung die Autorität der Arbeiterpartei verkörpern; schlug Brücken von der kommunistischen Bewegung der Weimarer Republik, vom antifaschistischen Widerstand, von der Emigration und dem Aufbau der Nachkriegszeit zu den neu ins politische Leben tretenden Generationen.

1931 wird er Mitglied des KJV, ein Jahr später der KPD. 1933 von der Gestapo verhaftet, war er bis Ende 1935 im Zuchthaus Waldheim eingekerkert. Abschiebung nach Polen, Emigration nach Prag und im März 1939 in letzter Minute Flugzeugausreise nach London folgen. In Großbritannien arbeitet er als Fabrikarbeiter, Shop Steward und ist Leitungsmitglied der dortigen KPD-Gruppe. Im Oktober 1946 wird ihm die Rückkehr nach Köln gestattet. Alle Verwandten waren in den faschistischen Vernichtungslagern ermordet worden.

Er wird stellvertretender Chefredakteur der KPD-„Volksstimme“, übernimmt Funktionen in der KPD-Zentrale. 1951 beginnt sein Lebensabschnitt in der DDR. An die Universität Leipzig als Hochschullehrer für Geschichte der Arbeiterbewegung und Philosophie berufen, wird er mit Wirkung vom 1. Februar 1952 Direktor des Franz-Mehring-Instituts und hat wesentlichen Anteil an der Ausbildung von Diplomlehrern für Gesellschaftswissenschaften. Für den Kulturbund erfolgt seine Wahl als Abgeordneter der Volkskammer. Als langjähriger Mitherausgeber der Gesammelten Schriften Franz Mehrings hat er Anteil an dessen Rehabilitierung in der kommunistischen Bewegung.

1968 kommt es zur Rückkehr in die BRD. Das IMSF wird gegründet, dessen Leiter er bis 1981 ist. Mitglied des Vorstandes der DKP bleibt er bis 1990. Er kann als der herausragendste Theoretiker und wissenschaftlicher Publizist der DKP angesehen werden.

Er verlässt 1990 diese Partei und wird Mitglied der PDS – nicht gegen die DKP, sondern für die Zusammenführung aller Linken.

• **Herbert Münchow**

**BRIEFKASTEN**zu: **Ehre dem Ehrenamt** (in LN Nr. 6)

Im Artikel wird ein Beschluss von 1999 erwähnt, der wohl nicht besonders bekannt ist. Mit dem Ehrenamt ist das so eine Sache. Selbstverständlich ist es erhehend, vom OBM derart bedacht zu werden. Genauso bedeutend wären Anerkennung und Akzeptanz durch Vereine und das gesellschaftliche Umfeld. Grundsätzlich ist das nicht gegeben.

Die Frage beginnt bei der rechtlichen Definition, was das Ehrenamt ausmacht. Ist die Tätigkeit nicht von vornherein offiziell oder von einem vorschlagswilligen Gremium gut angesehen, verpufft alles Bemühen. Es ist wie bei den Projekten der Stadt, für die es jahrelang Fördermittel gibt. Die frühe Info aus dem Rathaus sichert dem passenden Verein den Zuschlag oder er wird passend gemacht oder gegründet. Dort läuft dann das ehrenvolle Projekt mit schlussendlicher Belobigung.

In den sonstigen Vereinen ist kaum bekannt, wie das Ding mit dem Ehrenamt läuft. Die beim Amtsgericht eingetragenen Wahlfunktionäre rechnen sich automatisch zu den Ehrenamtlichen. Mitunter leisten allerdings andere fleißige Ameisenklaven mehr als der Vorstand. Damit beginnt die Schwierigkeit bis zum neidvollen Hass.

Das Finanzamt Leipzig ist seit einiger Zeit in der Lage und gewillt, Tätigkeiten als geldwerte Leistungen wie Sach- und Geldspenden über die Steuer anzuerkennen. Dazu muss ein Antrag für ein Projekt formuliert und ausgefertigt werden. Das ist mit lästiger Denk- und Schreibarbeit verbunden und auch kaum bekannt. Mit der Dokumentation kann gleichzeitig eine Aufwertung des Vereins einhergehen. Das muss aber erkannt werden. Ansonsten bleiben die Auslagen und Werbungskosten des Projektes für den Dienstwilligen verlorene Gefälligkeiten und werden als Selbstverständlichkeit ignoriert.

Selbst die beim Stadtverband der Kleingärtner tagende Hauptversammlung der Schatzmeister hält sich weder informativ noch praktisch in der Pflicht, das Ehrenamt über das Finanzamt legal zu unterstützen. Das sei Privatsache derer, die sich engagieren wollen. Zu der fehlenden Kenntnis sind auch klärende Informationen lästig und völlig unerwünscht.

Diese Hauptamtler dürfen aber jährlich 519 Euro steuerfrei aus der Vereinskasse nehmen, was die sonstigen Mitglieder kaum wissen.

Für den Dienstfreiwilligen wird damit seine Hilfe zur selbstverständlich hingekomme-

nen Sklavenarbeit, für die persönliche Aufwendungen noch hinzukommen. Bei aller Bescheidenheit entstehen Rechtsansprüche und Rechtsverhältnisse. Unter Umständen könnten sogar die Auslagen des Dienstfreiwilligen als geldwerte Spende abgerechnet werden. Die grundsätzliche Formulierung ist entscheidend. Das ist die Pflicht und Schuldigkeit des Vorstandes.

Es wäre angemessen, die Fragen um das Ehrenamt so zu klären, dass Bürgerinnen und Bürger ihren Auftraggebern und Vorständen sagen können, wo es langgeht. In der offiziell autorisierten Broschüre sollte man auch lesen können, wie es zudem um den Gesundheitsschutz bestellt ist. Immerhin ist das Ehrenamt ein besonderes Arbeitsverhältnis. Das wird gerne bei Sklavenarbeit unterschätzt.

Über das Ehrenamt besteht die Möglichkeit, in das Prekariat abgedrängte Menschen nutzbringend in die Gesellschaft Leben einzubinden. Viele könnten über Anerkennung wieder Lebensmut finden. Der Bonus vom Finanzamt ist ein freudiges Ereignis. Der warme Händedruck ist schön. Wichtiger ist eine Gemeinschaft, in der man Halt und Sicherheit finden kann.

E. HERRMANN, Leipzig

Podium: Nachhaltigkeit

Mitveranstalter waren der Stadtvorstand, die Stadtratsfraktion und der SDS (durch dessen Vermittlung konnten wir in einem Hörsaal der Universität tagen). Podiumsgäste waren der Leipziger Heiko Rosenthal (DIE LINKE) und die Berliner Katrin Lompscher. Sie ist jetzt stellv. Vorsitzende der LINKEN-Fraktion im dortigen Abgeordnetenhaus.

Ausgehend von den Fragen, was Nachhaltigkeit bedeutet, welche Ziele Nachhaltigkeitspolitik anstreben sollte und ob sich die Erreichung dieser Ziele, wenn überhaupt, bewerten oder sogar messen lässt, legten beide zunächst Ihre Meinung dar. Bezugspunkt war eine Definition des »Rates für Nachhaltige Entwicklung«: *Nachhaltige Entwicklung bedeutet, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung so zu gestalten, dass die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und dass wirtschaftliches und soziales Wohlergehen für gegenwärtige und künftige Generationen erreicht werden kann - bei uns und weltweit. Nachhaltigkeit muss in alle Politikfelder integriert werden - sei es die Energie-*

und Umweltpolitik, die Finanz-, Sozial- oder Bildungspolitik; sie umfasst also mehr als bloße ökologische Forderungen.

K. Lompscher wies darauf hin, dass Nachhaltigkeitsziele messbar sein müssen. H. Rosenthal führte aus, welche der 21 Ziele der Bundesregierung sich die Stadt Leipzig zu eigen gemacht hat und welche Gestaltungsräume eine Kommune zu Verfügung hat. Für Leipzig hat die Stadtverwaltung als Nachhaltigkeitskriterien 4 Ziele – ausgeglichener Haushalt, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Inklusion von Migrantinnen und Migranten sowie den Klimaschutz – übernommen. K. Lompscher betonte außerdem die zunehmende Bedeutung der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, ohne die eine erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik nicht möglich ist. Als Beispiel dafür führte H. Rosenthal die jetzt gestartete Kampagne »Leipzig – weiter denken« an. Es war eine sehr interessante und anregende Veranstaltung.

ANGELA MÜLLER
JOACHIM FINSTER
Leipzig

Joachim Gaucks zweite Hamburger Visite war der Antrittsbesuch bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Blankenese. In Zeiten des Kalten Krieges wurden hier Offiziere selbst aus undemokratischen Staaten ausgebildet. So konnte auch Pinochet seine Offiziere zum »letzten Schliff« in die Hansestadt entsenden. Und wie noch immer üblich, schritt der derzeitige Bundespräsident gemeinsam mit dem Verteidigungsminister die Ehrenformation des Wachbataillons ab.

Dieser Satz aus seiner Rede am 12. Juni sagt alles: »Dass es wieder deutsche Gefallene gibt, ist für unsere glücksüchtige Gesellschaft schwer zu ertragen.« So moralisierend prangert der Bundespräsident die Gesellschaft an. Belegt ist das Zitat durch WELT, SPIEGEL ONLINE und ZDF. In seinem Redetext, den das Bundespresamt verbreitet, fehlen die Gauck-Worte zu den ge-fallenen Soldaten.

Auch das sagte der Pastor a.D. in seiner Rede: »Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden in Zeiten, da jeder für sich selbst Verantwortung zu übernehmen hat – und zu viele meinen, damit schon genug Ver-

antwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf »Mut-Bürger in Uniform!«

Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) setzte auf der 2. Konferenz Güterverkehr und Logistik auch seine Duftmarke. Scharf kritisierte er die Klage mehrerer Umweltverbände gegen die Elbvertiefung. Die Gegner des Projekts wollten »das Tor zur Welt zuhalten«, so der CSU-Politiker. Für ihn ist die Elbvertiefung von zentraler Bedeutung. Nach Ansicht von Ramsauer haben die Planungsbehörden alle Belange des Natur-, Umwelt- und Artenschutzes mit größter Sorgfalt

geprüft. Wenn eine Entscheidung für ein großes Verkehrsprojekt erst einmal gefallen sei, dürfe sie auch nicht wieder in Frage gestellt werden. Umso enttäuschter sei er nun über die Klage der Umweltverbände. Diejenigen, die solche Projekte stoppen wollten, täten dies zum Teil aus »fundamentalistischen, ideologischen Erwägungen«, für ihn sind das »Ewiggestrige« und »Zukunftsverweigerer«. Einige Umweltverbände seien einfach gegen alles und jedes, was die Zukunft des Landes gewährleiste. Die Klage gegen die Elbvertiefung der Umweltverbände BUND, NABU und WWF wurde inzwischen eingereicht.

Einen Tag nach dem Streik des

Service Personals der Hamburger Endo-Klinik bekamen über 100 Küchen-, Reinigungs- und Servicekräfte des Krankenhauses ihre Kündigung. Das ist eine ungewöhnlich scharfe Reaktion des Helios-Konzerns auf den Ausstand des Personals. Alle Service-Mitarbeiter wurden vor einiger Zeit in das Tochterunternehmen Zentrale Service-Gesellschaft (ZSG) ausgegliedert mit dem Zweck, niedrigere Löhne zahlen zu können. Der Krankenhausbetreiber Helios gehört mit zu den größten Unternehmen. Bundesweit sind von Kündigungen 1000 Mitarbeiter betroffen. Begründung: Durch den Streik sei die ZSG nicht in der Lage, »ihre vertraglich vereinbarten Leistungen zu erbringen«, heißt es in den Kündigungsschreiben. Die Gewerkschaft spricht von »Erpressung«. Während des Streiks hat es einen Notdienst gegeben. Die Gewerkschaft hat große Zweifel ob diese Kündigungen rechtswirksam sind. Sollten die Gespräche scheitern, will Ver.di eine Kündigungsschutzklage einreichen.

• Karl-H. Walloch

Hamburger Korrespondenz**Die Stadt, ihre Staatsgäste und ein Arbeitskampf**

antwortung zu tragen. Hier, in der Bundeswehr, treffe ich überall auf Menschen mit Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen treffe ich auf »Mut-Bürger in Uniform!«

Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) setzte auf der 2. Konferenz Güterverkehr und Logistik auch seine Duftmarke. Scharf kritisierte er die Klage mehrerer Umweltverbände gegen die Elbvertiefung. Die Gegner des Projekts wollten »das Tor zur Welt zuhalten«, so der CSU-Politiker. Für ihn ist die Elbvertiefung von zentraler Bedeutung. Nach Ansicht von Ramsauer haben die Planungsbehörden alle Belange des Natur-, Umwelt- und Artenschutzes mit größter Sorgfalt

geprüft. Wenn eine Entscheidung für ein großes Verkehrsprojekt erst einmal gefallen sei, dürfe sie auch nicht wieder in Frage gestellt werden. Umso enttäuschter sei er nun über die Klage der Umweltverbände. Diejenigen, die solche Projekte stoppen wollten, täten dies zum Teil aus »fundamentalistischen, ideologischen Erwägungen«, für ihn sind das »Ewiggestrige« und »Zukunftsverweigerer«. Einige Umweltverbände seien einfach gegen alles und jedes, was die Zukunft des Landes gewährleiste. Die Klage gegen die Elbvertiefung der Umweltverbände BUND, NABU und WWF wurde inzwischen eingereicht.

Einen Tag nach dem Streik des

Service Personals der Hamburger Endo-Klinik bekamen über 100 Küchen-, Reinigungs- und Servicekräfte des Krankenhauses ihre Kündigung. Das ist eine ungewöhnlich scharfe Reaktion des Helios-Konzerns auf den Ausstand des Personals. Alle Service-Mitarbeiter wurden vor einiger Zeit in das Tochterunternehmen Zentrale Service-Gesellschaft (ZSG) ausgegliedert mit dem Zweck, niedrigere Löhne zahlen zu können. Der Krankenhausbetreiber Helios gehört mit zu den größten Unternehmen. Bundesweit sind von Kündigungen 1000 Mitarbeiter betroffen. Begründung: Durch den Streik sei die ZSG nicht in der Lage, »ihre vertraglich vereinbarten Leistungen zu erbringen«, heißt es in den Kündigungsschreiben. Die Gewerkschaft spricht von »Erpressung«. Während des Streiks hat es einen Notdienst gegeben. Die Gewerkschaft hat große Zweifel ob diese Kündigungen rechtswirksam sind. Sollten die Gespräche scheitern, will Ver.di eine Kündigungsschutzklage einreichen.

• Karl-H. Walloch

HARTZ NOT ROLLT: Deutschland zeigt Flagge

**Hartz
Not
rollt
und walzt uns
nieder
macht uns alle
gleich
nur eine Handvoll
macht das reich**

**wir wissen auch
warum ihr
unsere
Hartz
Not
wollt:**

**weil ihr
nicht nur
aus unsrer Arbeit
Mehrwert und Profite holt**

**Ihr presst uns
aus den Rippen
noch die letzte Kraft
und aus den fast
schon leeren Taschen
den allerletzten Cent
und was von uns
noch übrig bleibt
das kriegt den Rest**

**das Spiel ist aus
das Brot ist all
noch halb verpennt
ein Sixpack reicht
auf jeden Fall
für eine Fahne**

noch

die Fahne hoch

**Schwarz
Rot
Gold**

**Geschrieben 2006 und
noch aktuell, meint
Hartmut Barth-Engelbart**

Waschkörbe gegen ein Lächeln

Ist es falsch, wenn ein Nachrichtensprecher lächelt? Zahlreiche »Fußball-Fanatiker« waren der Ansicht Jawoll! Und die interpretierten den Gesichtsausdruck von »Tages-themen«-Moderator Ingo Zamperoni in der Halbzeitpause des EM-Halbfinals Deutschland gegen Italien als süffisant – und reagierten sich zuhauf »fangemäß« ab.

Zamperoni, Sohn eines italienischen Einwanderers, sagte: »Beenden möchte ich diese Tages-themen – aus gegebenem und persönlichem Anlass – mit Worten des italienischen Dichter-Fürsten Dante: »Das Gesicht verrät die Stimmung des Herzens.« Ich weiß nicht, was Ihnen

mein Gesicht jetzt verrät, aber seien Sie versichert, dass ich innerlich ziemlich zerrissen bin.« Dann äußerte der Moderator zweisprachig: »Möge der Bessere gewinnen«. Nun stand es zu diesem Zeitpunkt allerdings 2:0 für die Italiener. So wurden ihm Bemerkung, inklusive Lächeln, von einigen »TV-Durchgeknallten« als Hohn ausgelegt.

Die ARD-Redakteure bekamen tatsächlich »waschkörbeweise« den »Volkszorn« zu spüren: »Das war doch eine Unverschämtheit, diesen Mann einzusetzen«. Tagesschau-Chefredakteur Kai Gniffke spricht von einer »unfassbaren Empörung von Zuschauern, die sich in wüsten

Mails und Anrufen Bahn bricht«. Zamperoni habe gelächelt, wie ein »Moderator eben lächelt«.

Die Postproteste waren offenbar so heftig, dass Kai Gniffke, im »Tagesschau«-Blog, noch einmal Stellung nahm. »Ich bin der festen Überzeugung, dass es vollkommen korrekt war, dass Zamperoni in dieser Situation einen solchen Satz sagt«, tastete er ins weltweite Netz. Auch am Gesichtsausdruck des Moderators konnte er nichts Verdächtiges finden: Zamperoni habe gelächelt, wie ein »Moderator eben lächelt, wenn er sich verabschiedet«.

Zum Lachen das Ganze?

• MIC



Diese beiden Fans aus Leipzig haben mit der obigen Geschichte nichts zu tun? Bleibt nur die Frage: Reagieren sie nun typisch weiblich oder typisch männlich?

Fotos: ege

Vom Stadtradeln

LN. Die Leipziger haben dieses Jahr 510 721 km erradelt. (Stand 2.7.) In der Kategorie fahrradaktivste Stadt erreichte Leipzig 2011 mit 326 542 km Platz 3. Im vergangenen Jahr wurde die Landeshauptstadt Dresden mit 452 826 km Sieger. Dieses Jahr hat Leipzig sehr gut vorgelegt. Die Dresdner radeln noch! Das Ergebnis wird in den nächsten Wochen zeigen, ob 2012 für die Leipziger der erste Platz drin ist. Wie zu sehen, ging auch manches Stahlross, beispielsweise am Augustusplatz, in die »Knie«.



Sportgeschichten einmal anders

Im April/Mai dieses Jahres fuhr eine kleine Gruppe englischer Radsportler auf der Strecke der 8. Internationalen Friedensfahrt Prag-Berlin-Warschau von 1955.

Sie wurde angeführt vom Sohn des mehrfachen Mechanikers Alf Buttler. Englische Friedensfahrermannschaften nahmen seit 1952 fast regelmäßig an diesem Rennen teil.

Klaus Huhn, langjähriger Directeur der Friedensfahrt und Alan Buttler berichten in Episoden über die Vorbereitung und Durchführung der 2012er »Friedensfahrt«.

Mit Berichten aus früheren Jah-

ren garniert, erzählen sie von ihren Erlebnissen während der Fahrt. So unter anderem über ihren Etappenaufenthalt in Leipzig und den Besuch des Friedensfahrtmuseums in Kleinmühlingen.

* Ein weiteres Buch beschreibt Sportgeschichte, die diesmal in Leipzig ihren Anfang nahm.

1884 wurde in dieser Stadt der Deutsche Radfahrer-Bund, der Vorgänger des heutigen BDR gegründet. Die Geschichte reicht bis ins Jahr 2011.

Man erfährt viele Details über die

Strukturen und Leitungen des DRB, BDR und DRSV sowie ihre Mitgliederentwicklungen.

Porträts herausragender Radsportler ergänzen das Buch. Übersichten von Siegern und Medaillengewinnern bei internationalen Titelkämpfen vervollkommen die Statistiken. Internationale Höhepunkte wie z. B. die Deutschland-Rundfahrt werden vorgestellt. Dazu zählt weiterhin eine Vorstellung aller Radrennbahnen und Stadien.

Eine beiliegende CD-ROM bietet einen spannenden Blick auf alle Medaillengewinner von Deutschen

Meisterschaften und DDR-Meisterschaften sowie über Titelkämpfe der DRU und der VDRV.

• Ralf Fiebelkorn

Alan Buttler und Klaus Huhn: *Wie die Friedensfahrt »ausgegraben« wurde.* Nora Verlag, Berlin 2012, 64 Seiten 9,90 Euro

Wolfgang Schoppe und Werner Ruttikus: *Tritt um Tritt – Aus 13 Jahrzehnten Geschichte des Bundes Deutscher Radfahrer.* Frehner Consulting, Füssen 2012, 232 Seiten mit CD-ROM 24,90 Euro



Bestellschein

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon
 e-mail-Adresse

ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR. des Werbers* bzw. Geschenkgebers*

* Nichtzutreffendes bitte streichen
 Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

- Probe-Abo (3,00 Euro für ein Vierteljahr)
- Normal-Abo (10,80 Euro im Halbjahr)
- Studierenden-Abo (10,80 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- ses

Solidaritäts-

Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis zusätzlich 5,00 Euro.

bitte ausgefüllt schicken an:
 Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug
 Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Die Zeitung erscheint monatlich und wird **bundesweit** über die Post/e-mail zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor Bezugsende** in der Redaktion kündige.

Buchhandlung Rijap

Neu bei uns:

Lothar Herzog: *Honecker privat. Ein Personenschützer berichtet.*
 Das Neue Berlin, 12,95 Euro
 Frank Schumann, Heinz Wuschek: *Schalck-Golodkowski. Der Mann, der die DDR retten wollte*
 edition ost, 12,95 Euro
 Rudolf Hickel: *Zerschlagt die Banken. Entmachtet die Finanzmärkte. Eine Streitschrift*
 ECON, 20,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch, in Leipzig ab 20 Euro frei Haus. In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto.

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 Tel.: 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de



In Leipzig finden Sie uns in der
Filiale Axispassage
 04159 Georg-Schumann-Str. 171
Filiale Eutritzscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83
Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123
Filiale Wallmann
 04155 Georg-Schumann-Str. 52

ISOR e. V.

Beratungen für Rentner und angehende Rentner, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind.

Sprechstunden: jeden vierten Mittwoch, 16–17 Uhr, im Stadtteilzentrum Messesmagistrade, Str. des 18. Oktober 10a.

Initiative Christliche Linke

9.7., 18 Uhr: Gemeindefaal der Nikolaikirche Leipzig, Thema: *Der historische Jesus und der gepredigte Christus.* Referent: Dr. Werner Wittenberger. Gäste sind willkommen.

DENKANSTOSS VON LINKS!

Wer mitreden will, braucht eine Tageszeitung, die über den Tellerand des journalistischen Alltags hinaus Anstöße gibt. Das »nd«, die überregionale sozialistische Tageszeitung aus Berlin berichtet aus dem Blickwinkel derjenigen, die nach mehr sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Kultur und Friedfertigkeit streben. Testen Sie das »nd« 2 Wochen kostenlos und unverbindlich.

neues deutschland
 DRUCK VON LINKS



21.7., 15 Uhr: Der Froschkönig. Sommer-Puppentheater mit dem Märchentheater Fingerhut.
22.7., 15 Uhr: Mein lieber, frecher Kaspar...! Sommer-Puppentheater mit dem Theater wiwo. (ab 4 Jahre)

24.–26.7., 10 Uhr: Sommerferientour durch den Zoo mit den Zoolotsen
25.7., 10 Uhr: Der Natur auf der Spur... – Die Schatzsuche im Zoo Leipzig mit einigen Überraschungen bei einer Reise durch die (Zoo-)Welt

Wir gratulieren!

Am 15. Juli begeht unsere Genossin **Lina Utz** ihren 108. Geburtstag!

Bereits am 9. Juli feiert Genosse **Siegbert Schulze** seinen 82. Geburtstag!

Auch Dir herzliche Glückwünsche!

Die Mitglieder der Basisgruppe Lößnig der Partei DIE LINKE

Rosa Luxemburg

Tel.: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

AUSGEWÄHLTE VERANSTALTUNGEN

- 12. Juli, Donnerstag, 19 Uhr, Leipzig *****
Reihe Marx-Expedition 2012, Diskussion und Vortrag: **Landnahme und Wachstumszwang. Zu den Grenzen kapitalistischer Dynamik.** Mit Klaus Dörre
Uni Leipzig, Universitätsstr. 1, Hörsaal 8
 - 20. Juli, Freitag, 17 Uhr, Görlitz *****
Vortrag und Diskussion: **Ich krieg' die Krise. Wie weiter mit dem Euro und Herrn Sarrazin?** Mit MdB Dr. Axel Troost, Volkswirt, stellv. Vorsitzender DIE LINKE
Bürgerbüro, Schulstr. 3
 - 21. Juli, Sonnabend, 10 Uhr, Hoyerswerda *****
Vortrag und Diskussion: **Ich krieg' die Krise. Wie weiter mit dem Euro und Herrn Sarrazin?** Mit MdB Dr. Axel Troost, Volkswirt, stellv. Vorsitzender DIE LINKE
Einstein-Casino, Albert-Einstein-Str. 47D
- *** Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V.

Unsere Genossin
Helga Weißflog
begeht am 13. Juli
ihren 85. Geburtstag.

Wir gratulieren Dir
ganz herzlich und
wünschen vor allem
Gesundheit.
Seit Jahrzehnten stehst
Du an der Spitze unserer
Basisgruppe und
leistest eine engagierte
politische Arbeit, wofür
wir uns bei Dir bedanken.

Deine Genossinnen
und Genossen der
Basisgruppe 114/1
der Partei DIE LINKE



Mit 17...
Jung sein in Deutschland

13.7. bis 4.11.
Ausstellung im
Zeitgeschichtlichen
Forum Leipzig
Grimmaische Str. 6
Öffnungszeiten:
Di-Fr 9-18 Uhr
Sa, So 10-18 Uhr
Eintritt frei

Naturkundemuseum
Leipzig, Lortzingstr. 3
Veranstaltungen

- 8.7., Exkursion: Schmetterlinge im Leipziger Auwald.**
Treff: **10.30 Uhr**, Auwaldstation Leipzig-Lützschena, Schlossweg 11, Anmeldung 0341-98221-0 erforderlich.
- 15.7.: Paddeltour „Auf der Weißen Elster von Hartmannsdorf bis Schleußig“.**
Treff: **9.30 Uhr**, Dauer: ca. 3 h. Kosten: 20 Euro, Kinder bis 12 Jahre 15 Euro. Anmeldung unter Tel. 0341-98221-0 bis 12.7. erforderlich
- 22.7., 11 Uhr: Führung in der Sonderausstellung: Bild - Abbild - Natur.** Anmeldung 0341-9822 1-0 erforderlich.

Ferienveranstaltungen
24.7., 13.30 bis 15 Uhr: Der Natur auf der Spur - Führung in der Ausstellung »Bild - Abbild - Natur« (mit kreativem Gestalten). Kosten: 1 Euro mit, 1,50 Euro ohne Ferienpass. Anmeldung 0341-98221-0 erforderlich.

25.7., 13.30 bis 15 Uhr: Auf Pirsch! - Entdeckungen im Rosental. (Exkursion und Quiz). Kosten: 1 Euro mit, 1,50 Euro ohne Ferienpass. Anmeldung 0341-98221-0 erforderlich

25.7., 13 Uhr: Wir erforschen den Leipziger Auwald vom Wasser aus. Paddeltour auf der Pleiße zur Mündung des Floggrabens. Kosten: 5 Euro mit, 10 Euro ohne Ferienpass. Anmeldung unter 0341-98221-0 erforderlich.

Theatrium
Leipzig, Alte Salzstr.59
7. (Premiere), 8. und 14.7., 16 Uhr: Wenn ich ... wie ich!!! Kindertheaterprojekt, ab 7 Jahre. Spielpause bis 6.9.

Bürgerverein Messesmagistrale
Leipzig, Str. des 18. Oktober 10a
11.7., 14.30 Uhr: Singen für und mit Alt und Jung.
19.7., 16 Uhr: Schminkkurs für Mädchen ab 12 Jahre

Bach-Museum
Leipzig, Thomaskirchhof 15/16
15. und 22.7., 11 Uhr: Kostbarkeiten im Bach-Museum
Führung durch die Kabinettausstellungen »Netzwerk Thomanerchor« und »Bach, Bibel, Gesangbuch«.

jW-Onlineabo

www.jungewelt.de/flat

Die erste
Flat
für linken
Journalismus



Der Onlinetarif für Printabonnenten

Mit dem Abo haben Sie Zugang zu sämtlichen Artikeln und Beilagen, zum Archiv seit 1997 sowie allen Recherchemitteln und Downloads. Sie können Beiträge empfehlen, Lesezeichen anlegen und die E-Mail-Ausgabe beziehen. Jedes Abo trägt dazu bei, die junge Welt als einzige unabhängige linke Tageszeitung zu stärken und weiterzuentwickeln.



Gohliser Schlösschen
Leipzig, Menckestr. 23
8.7., 15 Uhr: 2. Musikfest Unerhörtes Mitteldeutschland – Unerhörte Violinklänge mit Stefan Arzberger – Violine, Alexandra Oehler – Klavier.
Eintritt: 15 Euro / 12 Euro.

LEIPZIGS NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel.: 0341 / 21 32 345
Fax: 03212 / 11 80 370
E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de
Internet: www.leipzig-neue.de
Bankverbindung: Sparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92 - Konto 1 150 114 840

Sprechzeiten: Mo 10 bis 12 Uhr / Di 13 bis 15 Uhr

Redaktion:
Kurt Schneider, Helmut Ulrich, Michael Zock
(V.i.S.P.)
Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG Neubrandenburg
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. Juli 2012
Die nächste Ausgabe erscheint am 11. August 2012

quer gedacht
von Eva Lenn

»Das muss Ihnen ja ein innerer Reichsparteitag gewesen sein«

... sagte die junge, attraktive Moderatorin im Fernseh-Interview zu ihrem Gesprächspartner, als der ihr erzählte, wie er für eine gute Leistung gelobt worden war. Was ist denn das? Das »Deutsche Reich« existierte von 1871 bis 1945, aber nur in den 12 Jahren, in denen Deutschland von Hitler mit seinen Nazis beherrscht wurde, gab es »Reichsparteitage«. Die Formulierung: »Das war mir ein innerer Reichsparteitag« wurde damals

zum geflügelten Wort bei allen, die dem Nationalsozialismus nahe standen, wenn sie von ihrem Vorgesetzten gelobt wurden. Doch be-sagte Moderatorin und auch ihre Eltern haben die Nazizeit nicht mehr erlebt. Trotzdem muss dieser Ausdruck im Familien-, Bekannten- oder Kollegenkreis der jungen Frau mehrmals gefallen sein – und sie hat ihn nicht hinterfragt. Und worüber nicht gesprochen wird, was nicht verarbeitet wird, das setzt sich im Unterbewusstsein fest und wirkt von da aus.

So lange noch Ausdrücke und Ansichten aus der Nazizeit heutigen Sprechern manchmal »rausrutschen«, so lange ist dieser schreckliche Abschnitt der deutschen Geschichte noch nicht von allen geistig verarbeitet und überwunden worden und so lange haben es die heutigen Neonazis leichter, bei einigen Anklang zu finden.

... unverwiestlich!

Wir hatten den »Gaggaudebbchen-Wettbewerb« genau an dieser Stelle angekündigt. Inzwischen ist das »Debbchen«, die Schwester der »Gaffeegeanne«, vergeben.

Im Leipziger Kabarett »Sanftwut« sprachen kürzlich 18 junge Leute »sächsisch pur« im Wettbewerb. Witzig und frech agierten sie, auch der »Zauerlährling« war dabei.

Gewonnen hat Sarah Fechner aus der Lene-Voigt-Schule mit: »Dr. Fischer«. Nachzutragen ist, dass sich der Todestag Lene Voigts in diesem Monat zum 50. Male jährt.



Einen Treffpunkt für Kannibalen entdeckten wir in Leipzig-Reudnitz. Wohl bekomm's?

»Babst« oder »Papst«, das ist hier wohl keine Frage. Dieses Beispiel Deutscher Recht(s)schreibung kursierte im Rathaus und wurde von der »NBD« oder der »NPD« in Umlauf gebracht.

Repro: LN

Wir bitten auf der Grundlage des § 28 Abs. 5 SächsGemO um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches politische Ziel hatte die Reise des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, zum Geburtstag von Pabst Benedikt XVI.?
2. Wie viele Personen in welcher Funktion gehörten zur Delegation des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, zum Geburtstag von Pabst Benedikt XVI.?
3. Welche Art von Kosten entstanden bei der Reise des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, und seinen Begleitern zum Geburtstag von Pabst Benedikt XVI. und wer trägt die Kosten?
4. Welche Art von Kosten sind durch die Reise und den Auftritt des Gewandhausorchesters sowie des MDR Rundfunkorchesters beim Geburtstag von Pabst Benedikt XVI. entstanden, auf welche Höhe belaufen sich dieses Kosten und in welchem Umfang ist die Stadt Leipzig an diesen Kosten beteiligt?

Zum Thema Asylbewerberheime: Was stellen sich eigentlich die sich übergangen fühlenden Bürger vor? Dass die Stadt Leipzig als Bittsteller von Stadtbezirk zu Stadtbezirk zieht und anfragt, wer denn so nett ist und ein Asylbewerberheim in der Nachbarschaft duldet?

LVZ-Leserbrief am 13.6.

Demoskopie – jetzt oder nie! Man kann davon ja halten, was man will, aber soviel steht fest: Nach jeder Umfrage sind wir ein bisschen dümmmer.

Ernst Röhl im ND am 19.6.

BILD ist ein Triebtäter, den man ständig unter Beobachtung halten muss.

G. Wallraff in mdr-FIGARO am 21.6.

FDP-Mitglieder kritisieren Holger Zastrow, der firmiere oft als »Fidel Zastrow«, die liberale Spitze im sächsischen Wirtschaftsressort als

»Trio Infernale«. Zehn FDP-Mitgliedern ist erkennbar die Hutschnur geplatzt, sie haben einen Protestbrief geschrieben.

LVZ am 21.6.

In Tel Aviv haben empörte Demonstranten die Fenster von Banken eingeschlagen. Der Protest Tausender richtet sich gegen zu hohe Lebenshaltungskosten.

DLF am 24.6.

FUNDSACHEN

Für viele Bundestagsabgordnete sind heute Parteiliniern wichtiger, als die Aufgabe, Vertreter des Wählers und des eigenen Gewissens zu sein.

ARD-Presseclub am 24.6.

Zwei Drittel der Amerikaner glauben, dass sie der gegenwärtige

Präsident Obama besser gegen Außerirdische verteidigen könnte als sein Herausforderer.

ZDF-Morgenmagazin am 29.6.

In Frankreich müssen ab sofort alle Autofahrer einen Alkoholselbsttest im Fahrzeug mitführen.

mdr-info am 29.6.

Es bleibt die Erkenntnis, dass es keines der einst jungen ostdeutschen Talente geschafft hat, in der SPD ganz nach oben aufzusteigen. Platzeck zog sich wieder nach Potsdam zurück.

WZ »der freitag« Nr. 26

In Schweden wird für Schwarzfahrer im ÖPNV eine Versicherung gegen Strafentgelte angeboten.

ND am 1.7.

Gesehen, gehört, gelesen und aufgeschrieben von Siegfried Kahl

WEISHEITEN
von Reinhard Lochner

Der Niedergang einer Gesellschaft kündigt sich am sichersten darin an, dass sie sich beständig ihrer Errungenschaften und Vorzüge rühmt

Von einem höheren Standpunkt betrachtet, ist die Oberschicht der Gesellschaft ihre Unterschicht.

